

DETERMINANTEN DER WOHLFAHRT:

**POLITISCHE KULTUR UND
WIRTSCHAFTLICHE PROSPERITÄT**

DIPLOMARBEIT

Vorgelegt

Prof. Gerald Schneider
Prof. Volker Schneider

Fakultät für Verwaltungswissenschaft
Universität Konstanz

Angestrebter Titel:
Diplomverwaltungswissenschaftler

Von
Steffen Baumann, M.A.

Konstanz
September 1998

Baumann, Steffen. *Determinanten der Wohlfahrt: Politische Kultur und wirtschaftliche Prosperität*. Diplomarbeit im Studiengang Verwaltungswissenschaften. September 1998. Universität Konstanz. 76 Seiten, 6 Tabellen, Bibliographie, 2 Appendizes.

Studien, die sich mit politischer Kultur als Explanans beschäftigen versuchen seit Max Weber, Demokratie, ihre Institutionen, deren Zustandekommen, Überleben und Entwicklung zu erklären. Ein neuerer Zweig der Forschung untersucht den Einfluß der politischen Kultur oder des sozialen Kapitals einer Gesellschaft auf die jeweilige Ökonomie und deren Wachstum. Die vorliegende Arbeit testet die Hypothese nach der es die politische Kultur einer Gesellschaft ist, die das Wirtschaftswachstum ankurbelt, beschleunigt und gegebenenfalls zum Erliegen bringt. Analyseeinheit sind die Regionen der Europäischen Union (EU).

Das verwandte Datenmaterial entstammt den Eurobarometerbefragungen, Veröffentlichungen der Europäischen Union zu wirtschaftlichen Strukturdaten, sowie von der Weltbank publizierten Erhebungen. Die quantitative Analyse besteht aus einer Reihe von Regressionsanalysen nach der Methode der kleinsten Quadrate. Es werden Indizes gebildet, die verschiedene Dimensionen der politischen Kultur ausloten. Beginnend mit einem neoklassischen endogenen Wachstumsmodell wird versucht, dessen Erklärungsmacht durch die Inkorporation kultureller Variablen zu erhöhen.

Die Ergebnisse lassen es nicht zu, die Nullhypothese zu verwerfen. Politische Kultur besitzt zwar einen gewissen Einfluß auf das ökonomische Wachstum einer Region dieser Einfluß ist aber so gering und in vielen Fällen insignifikant, daß ein neoklassisches Wachstumsmodell kaum eine Verbesserung durch die Aufnahme kultureller Variablen erfährt.

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS.....	III
EINLEITUNG.....	1
LITERATUR.....	5
THEORIE, HYPOTHESEN, DATEN, DESIGN, METHODEN.....	34
ERGEBNISSE.....	41
4.1. <i>Bivariate Ergebnisse</i>	41
4.2. <i>Multivariate Ergebnisse</i>	48
KONKLUSION.....	56
BIBLIOGRAPHIE.....	62
APPENDIX A.....	67
DIE REGIONEN EUROPAS GEORDNET NACH DEM BIP PRO KOPF.....	67
APPENDIX B.....	71

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

TAB. I. BIVARIATER EINFLUß DER UNABHÄNGIGEN VARIABLEN.....	41
TAB. 2: MODELL 1, KULTURVARIABLE.....	49
TAB. III: MODELL 2.....	50
TAB. IV: MODELL 3.....	51
TAB. V: MODELL 4.....	52
ABBILDUNG 1: ALL CLEAR PLOT.....	54
TAB. VI:MODELL 5.....	55

KAPITEL 1

Einleitung

Politische Kultur als Gegenstand der Forschung der Politikwissenschaften war nach Erscheinen von Almond und Verba's „Civic Culture“, (1964) in einen 30jährigen Dornröschenschlaf gefallen, aus dem sie erst Putnam mit seinem epochalen Werk „Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy“, (1994) geweckt hat. „In social science ... degenerate research programs do not die but only lie dormant until new work or new conditions begin to revive it, (Laitin. 1995, 169). Diese Arbeit soll untersuchen, ob der Wissenschaft dadurch ein Mehrwert entstanden ist, oder ob ein Verbleib im bzw. eine sofortige Rückkehr in den Dornröschenschlaf wünschenswerter gewesen wäre, als die neuerliche Konjunktur von politischer Kultur als Explanans politischer und institutioneller Stabilität sowie wirtschaftlichen Wachstums.

Unter der politischen Kultur einer Gesellschaft versteht man typischerweise solche Normen, Werte und Einstellungen, die die Mehrheit der Mitglieder der Gesellschaft teilen. Von besonderem Interesse für die Politikwissenschaft sind dabei diejenigen Werthaltungen, die sich auf interpersonales Vertrauen, die Rolle des Staates in der Wirtschaft und als Wohlfahrtsspenden beziehen, sowie jene Variablen, die das Informationsverhalten eines Individuums ausloten. Im Zuge einer Analyse eines vermeintlichen Wertewandels in modernen Gesellschaften sind auch solche Werte Gegenstand der Forschung, die mit dem Begriffspaar von Materialismus bzw. Postmaterialismus in Verbindung gebracht werden.

Mit solchermaßen definierten kulturellen Variablen haben Wissenschaftler seit Max Weber (1921) versucht, die Stärke und Beständigkeit von Demokratie sowie deren Institutionen zu erklären. Als schon klassische Reprä-

sentanten der modernen Forschung in diesem Feld gelten die Arbeiten von Almond und Verba (1964) und Putnam (1993). Ein anderer Zweig moderner Forschung im Bereich politischer Kultur, exemplarisch vertreten durch Inglehart (1995) auf der einen und Jackman und Miller (1995) auf der anderen Seite, verwenden kulturelle Variablen bei dem Versuch, wirtschaftliche Prosperität zu erklären.

Allen Arbeiten in diesem Feld ist die Annahme gemein, daß sich Gesellschaften auf unterschiedlich hohen kulturellen Niveaus bewegen können. Eine sophistische politische Kultur zeichnet sich durch ein differenziertes Informationsverhalten ihrer Mitglieder, eine hohe Anzahl horizontaler gesellschaftlicher Bindungen und ein hohes Maß an interpersonalem Vertrauen aus. Wobei insbesondere die letztgenannte Komponente politischer Kultur, interpersonales Vertrauen, in der neuesten Debatte über „social capital“, immer höheren Stellenwert erlangt (Whiteley, 1998). Wenn zu den genannten Bestandteilen politischer Kultur noch eine Betonung sogenannter postmaterieller Werte tritt, wird in der neueren Forschung für dieses Faktum der Begriff „Kommunitarismus“, verwandt. In einer solchermaßen entwickelten Gesellschaft bestehen die optimalen sozialen Rahmenbedingungen für eine stabile Demokratie mit entsprechenden Institutionen. Desweiteren sind die Chancen auf wirtschaftliche Wohlfahrt in einer solchen Gesellschaft höher als in weniger entwickelten Politien.

Analyseebene der meisten Arbeiten ist der Nationalstaat als Aggregat individuell gehaltener Werte. Eine Ausnahme bildet die Forschung von Putnam (1993), die innerhalb eines Landes, Italien, die Varianz zwischen den einzelnen Regionen auf verschiedenen institutionellen und ökonomischen Variablen mit kulturellen Unterschieden zwischen den Regionen zu erklären versucht.

Die vorliegende Arbeit testet die Hypothese, derzufolge politische Kultur einen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum habe, und zwar in dem Sinne, daß eine höher entwickelte politische Kultur wirtschaftliches Wachstum beschleunige, während hingegen eine „primitivere“, politische Kultur Wachs-

tum hemme. Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Kapitel zwei stellt die neuere Forschung zu politischer Kultur im Überblick dar. Dabei fokussiert die Literaturanalyse vor allem diejenigen Arbeiten, die Modelle entwickeln, mit denen Wirtschaftswachstum und Wohlstand erklärt werden sollen. Diskutiert werden darüber hinaus aber auch diejenigen Vertreter der Grundlagenforschung zu politischer Kultur, die sich primär auf institutionelle Stabilität konzentrieren. Im dritten Kapitel formuliere ich den theoretischen Hintergrund speziell des vorliegenden Forschungsprojekts, avanciere meine Leithypothese und diskutiere die Konstruktion der Variablen, sowie die zum Test der Hypothesen zur Anwendung gelangenden Methoden.

Im weiteren Verlauf entwickle ich eine Reihe von Modellen, mit Hilfe derer sich wirtschaftliches Wachstum erklären läßt. Im vierten Kapitel werden die Resultate der Analyse vorgestellt. In einem ersten Abschnitt wird der jeweilige Einfluß der unabhängigen Variablen bivariat dargestellt, bevor schließlich im zweiten Abschnitt ein zunehmend komplexes multivariates Modell entsteht. Die diskutierten Ergebnisse legen den Abschied von politischer Kultur als Gegenstand der Forschung bei der Erklärung von Ursachen von Wirtschaftswachstum oder dem Ausbleiben desselben nah. Wie sich herausstellt, sind makroökonomische Modelle, die auf politische Kultur zur Erklärung von Wachstum verzichten und sich auf klassische Variablen, wie Staats- und Investitionsquote beschränken, erklärungs mächtiger.

Somit schließt die Arbeit auch mit einer neuen Agenda für die weitere Forschung im Spannungsfeld von Ökonomie und Politik. Es wird angeregt, bei der Analyse zu politischen Variablen zurückzukehren, politische Kultur jedoch außer acht zu lassen. Nach den Ergebnissen dieser Arbeit muß ein erklärungs mächtiges politikwissenschaftliches Wachstumsmodell die genannten makroökonomischen Konzepte als Fundament verwenden. In einem nächsten Schritt wäre viel gewonnen, wenn man den Rückschluß zu den Politikwissenschaften über die Inkorporation der Rolle politischer Institutionen erreichte. Bei Analysen, die die Regionen Europas als Forschungseinheit verwenden,

scheint die Berücksichtigung der Aktivität der Europäischen Union, insbesondere der Kommission und hierbei vornehmlich des Ausschusses der Regionen, angezeigt. Darüber hinaus sollte man versuchen, nicht-staatliche korporatistische Akteure anhand einer Rentseeking-Hypothese in die Analyse einzubinden, was in der vorliegenden Arbeit nur durch einen kruden Proxy, den Anteil der Beschäftigten in den unterschiedlichen Sektoren, geschieht.

KAPITEL 2

Literatur

Politische Kultur als Gegenstand der modernen Forschung in den Politikwissenschaften wurde 1957 von Almond und Verba wiederentdeckt. Die beiden Forscher führten die ersten großen international vergleichenden Erhebungen zu diesem Thema gegen Ende der 50er Jahre durch. Befragt wurden repräsentative Samples aus den angelsächsischen Ländern, USA und Großbritannien, sowie Italien und der Bundesrepublik Deutschland und Mexiko. Ihre Forschung mündete schließlich in ihrem epochalem Buch „The Civic Culture„ (1963). Hauptgegenstand der Forschung von Almond und Verba ist der Zusammenhang zwischen politischer Kultur und institutioneller Stabilität. Sie sagen nichts aus über den Zusammenhang von Kultur und Wohlfahrt, welcher Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist. Dennoch soll ihre Arbeit hier diskutiert werden, zum einen, weil man an ihrer Forschung nicht vorbeikommt, wenn man politische Kultur messen will, zum anderen, weil auch die neueste Forschung heftige Anleihen beim Almond-und-Verbaschen Konzept macht. Bei der Auswahl der Fälle für ihre Umfragen waren Almond und Verba von der Grundhypothese geleitet, daß jede Gesellschaft eine distinkt entwickelte politische Kultur besitze. Wie sie insbesondere im hier noch zu diskutierenden Nachfolgewerk, „The Civic Culture Revisited„ (1989) darlegen, kann sich die politische Kultur einer Gesellschaft jedoch durchaus verändern. Überraschend normativ fällt die Ursachenforschung zu Entstehen und Entwicklung der politischen Kultur einer sozialen Einheit aus: Sind die Individuen nur lange genug demokratischen Normen und Institutionen ausgesetzt, wird sich die politische Kultur der entsprechenden Gesellschaften auf ein höheres Niveau heben, das seinerseits die Demokratie und deren Institutionen ganz allgemein festige. Es muß hier das zugrundeliegende Weltbild betont werden. Nach Almond und

Verba ist es nicht die politische Kultur eines Landes, das sich entsprechende Institutionen schafft, sondern vielmehr unterliegt die politische Kultur dem Einfluß der jeweiligen Institutionen. Zu fragen bleibt, wie sich erste Institutionen herausbilden konnten. Es liegt hier eine ungeklärte Frage nach der Richtung der Kausalität vor: War zuerst die politische Kultur oder waren zuerst die entsprechenden Institutionen vorhanden?

Konsequenterweise wählten die Autoren als Gegenstand ihrer Analyse Länder mit einer höchst unterschiedlichen demokratischen Tradition aus: Auf der einen Seite handelt es sich um die angelsächsischen Länder Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika und auf der anderen Seite um die Bundesrepublik Deutschland und Italien, in denen eine andere politische Kultur vermutet wurde als in den „Mutterländern der Demokratie,“, hatten doch die beiden kontinentaleuropäischen Staaten in der Untersuchung die Katastrophe von Nationalsozialismus und Faschismus zum Zeitpunkt der Befragungen kaum überstanden. Man darf nicht vergessen, daß zur Zeit der Befragungen, 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, die Erinnerung an die Zeit von Nationalsozialismus und Faschismus noch sehr frisch war, die Emanzipationsbewegung der 60er Jahre noch nicht einmal angedacht war und die kontinentaleuropäischen Länder im Sample somit als „most different,“ von den angelsächsischen gelten konnten. Dies wird direkt einsichtig, wenn man Almond und Verbas Arbeitsdefinition von politischer Kultur als „the particular distribution of orientations toward political objects among the members of the nation,“ (1963, 13) betrachtet. Als fünften Fall nahmen die Autoren noch Mexiko in ihre Studie auf. Wobei nicht ganz klar wird, welcher Mehrwert im Sinne wissenschaftlicher Erkenntnis neben der Bestätigung beliebter Vorurteile der angelsächsischen Nordamerikaner ihren südlichen Nachbarn gegenüber dadurch entstanden sein soll.

In ihren Interviews versuchen Almond und Verba die Einstellung der Bürger zu ihrem Staat und dessen Institutionen anhand dreier Variablen auszuloten: erstens interpersonales Vertrauen, zweitens bürgerlicher Kompetenz

(im Original lautet der Terminus technicus „Civic and Subject Competence,“) und drittens Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Von den drei Variablen war Vertrauen in die Obrigkeit am leichtesten zu messen, da man die Befragten nur dazu Stellung beziehen ließ, welche Gefühle sie der Obrigkeit in der Form von Polizei und anderen Verwaltungsbehörden gegenüber hegen. Interpersonales Vertrauen wurde gemessen, indem man die Befragten darüber Auskunft geben ließ, ob sie davon ausgehen, daß grundsätzlich den Mitmenschen mit Mißtrauen oder Vertrauen zu begegnen sei. Das am schwierigsten zu messende und tatsächlich krudeste Konzept ist das der bürgerlichen Kompetenz. Im Nachfolgewerk gestehen die Autoren auch schon im Vorwort ein, daß es sich bei der „Civic Culture,“ um ein „bold enterprise,“ (1980, 10) handle. Gemeint ist damit wohl ein Eingeständnis theoretischer und methodischer Naivität ihrer Untersuchung. Damit tun sich die Autoren allerdings selbst Unrecht. Schließlich handelt es sich bei der „Civic Culture,“ um die erste groß angelegte quantitative Studie in den Politikwissenschaften überhaupt, fast 20 Jahre vor der „verhaltenswissenschaftlichen Revolution,“ der Disziplin.

Bei der Klassifizierung der Antworten auf ihre Fragen entwickelten die Autoren ein Kontinuum der politischen Kultur. Auf diesem Kontinuum läßt sich letztlich die politische Kultur aller Individuen abtragen. Aggregiert werden in einem nächsten Schritt Werte für den „Durchschnitts-Amerikaner, - Briten, -Italiener,“ usw. gebildet, was eine Aussage über die politische Kultur einer ganzen Gesellschaft ermöglicht. Dieses Kontinuum reicht von „parochial,“ über „subject,“ bis hin zu „participant,“. Wobei Individuen, die in die erste Kategorie fallen, sich weigern, demokratische Institutionen anzuerkennen. Auch diejenigen, die in die zweite Kategorie fallen, dulden die Demokratie nur, ohne sich aktiv in die Verfahren der Willensbildung und politischen Partizipation einzubringen oder an der Ausgestaltung des politischen Systems teilzunehmen. Lediglich echte, „gute,“ „participant,“ Staatsbürger, also diejenigen, die in die dritte Kategorie fallen, sind von demokratischen Werten und Normen geprägt und haben ihre Entscheidung für eine aktive Teilnahme am politischen

Prozeß getroffen. Hier darf Kritik an der ethnozentrisch verzerrten Betrachtungsweise von Almond und Verba geäußert werden. Stark vereinfacht lautet ihre Hypothese: Wir Amerikaner sind gut und haben ein gutes politisches System, die anderen nicht. Warum?

Wenn man nun die relativen Anteile der jeweiligen Typen von Staatsbürgern an der gesamten Gesellschaft mißt, läßt sich ein ganzes Land entsprechend als „parochial,, „subject,, bzw. „participant,, kategorisieren. Wenig überraschend ist, daß Almond und Verba genau das finden, was sie in ihrer Hypothese formuliert hatten, nämlich, daß die angelsächsischen Länder mit ihrer langen demokratischen Tradition eine partizipative demokratische Kultur entwickelt haben, während sich die anderen Länder im Sample, insbesondere die ehemals faschistischen Länder, Deutschland und Italien, noch nicht auf einem derart reifen Niveau bewegen.

Amerikaner und Briten vertrauen ihren staatlichen Amtsträgern am meisten, Deutsche deutlich weniger und in Italien und Mexiko können sich die Verwaltungen auf Vertrauen und Unterstützung von nur weniger als der Hälfte der Bevölkerungen der jeweiligen Gesellschaften bei der Ausübung ihrer Ämter stützen. Dieselbe Rangordnung gilt für das allgemeine Interesse an Politik und die Häufigkeit, mit der politische Themen im privaten Umfeld der Mitglieder der fünf Gesellschaften erörtert werden. Die befragten Angelsachsen sind öffentlich und auch im privaten Bereich hoch politisiert, während ihnen deutsche Befragte in dieser Hinsicht hinterherhinken und die italienische Gesellschaft eher „parochial,, erscheint. Dasselbe Bild besteht für die dritte zentrale Variable im Kulturindex, interpersonales Vertrauen. Briten und Amerikaner haben ein weitaus freundlicheres Menschenbild, wenn es darum geht, ob man grundsätzlich seinen Mitmenschen vertrauen oder mißtrauen solle als ihre Gegenüber auf dem europäischen Kontinent oder in Lateinamerika, die vielleicht durch die Erfahrungen ihrer jüngeren Vergangenheit einander sehr distanziert begegnen.

Aus ihrer Forschung ziehen Almond und Verba den Schluß, daß „a balanced commitment to politics seems to be related to the existence of more basic social values,, (1963, 240). Solche fundamentalen gesellschaftlichen Werte sehen sie in den angelsächsischen Ländern als gegeben, was ihren Optimismus bezüglich der Überlebensfähigkeit von Demokratie und entsprechenden Institutionen dort weiter festigt. Auf der anderen Seite sind die Autoren sehr skeptisch, was die Chancen für Bestand und Festigung der Demokratie in Deutschland, Italien und Mexiko betrifft. Die Autoren raten, Institutionen zu schaffen, die geeignet sind, partizipative soziale Werte zu fördern.

17 Jahre nach dem Erscheinen der „Civic Culture,, kommen die Autoren, diesmal als Herausgeber, auf ihr epochales Werk zurück, konsequenterweise unter dem Titel „The Civic Culture Revisited,, (1980). Wissenschaftler aus den Ländern des ursprünglichen Samples reinterpreten die Befunde der originalen „Civic Culture" und versuchen die Politien der 70er Jahre in dem Analyseraster, welches Almond und Verba entwickelt hatten, zu verorten.

Unisono beklagen die Autoren in diesem neuen Band zur politischen Kultur Fehlspezifizierungen in den Konzepten, die Almond und Verba entwickelt haben. Insbesondere wird die mangelnde Validität der Instrumente moniert. Nicht jedoch verabschiedet man sich vom Konzept der politischen Kultur grundsätzlich. Vielmehr versuchen die einzelnen Autoren anhand ihres Expertenwissens eine quasi delphische Beurteilung des Wandels der politischen Kulturen in den Ländern, die untersucht worden waren, zu beschreiben. Die Ergebnisse sollen hier nicht detailliert diskutiert werden. Erwähnt seien jedoch die allgemeineren Entwicklungen: Die USA und Großbritannien sind nach wie vor die Musterschüler der Demokratie, Deutschland hat insbesondere durch die Emanzipationsbewegung der späten 60er Jahre Boden gut gemacht und nähert sich den angelsächsischen Vorbildern an, Italien, ohnehin ein Sonderfall, wie auch die vorliegende Untersuchung belegt, ist irgendwo auf dem Transitionsweg von „parochial,, zu „participant,, festgefahren. Für Mexiko haben sich die

Rahmenbedingungen für Demokratie in der Sprache der politischen Kultur nicht wesentlich verbessert.

Besonders wichtig für die weitere Diskussion um politische Kultur war der Beitrag von Conradt (1980) zu Almond und Verba *wiederbesuchter* „Civic Culture“, Conradt macht Kohorteneffekte zwischen den Generationen der Befragten im ersten „Civic Culture“-Projekt und dem Zeitpunkt seiner Analyse der politischen Kultur Deutschlands 1980 aus. Ronald Inglehart, der zweite in der Gruppe der „big three“, (Almond/Verba, Inglehart und Putnam), wenn es um politische Kultur geht, nimmt genau diesen Gedanken auf. Bereits 1977, dem Zeitpunkt des ersten Erscheinens der „Silent Revolution“, und seit dem in immer neuen Arbeiten operiert Inglehart mit seinem Konstrukt von Materialismus und Postmaterialismus.

Ron Inglehart hat die Eurobarometer-Befragungen, welche auch die Datenbasis für die Untersuchungen in der vorliegenden Arbeit bilden, ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialforschung in Köln werden seit mehr als zwei Jahrzehnten Stichproben von ca. 1000 Personen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union zu aktuellen politischen Fragen interviewt. Darüber hinaus enthält der Fragenkatalog eine Batterie von Items, die es Inglehart ermöglichen, jeden Befragten als Materialisten oder Postmaterialisten zu identifizieren.

Materialisten sind diejenigen Befragten, die Sicherung des Preisniveaus und *Ruhe-und-Ordnung* als Hauptziele staatlichen Handelns nennen, Postmaterialist hingegen ist, wer eher für Elemente der direkten Demokratie oder den Umweltschutz plädiert. Überspitzt ausgedrückt, mißt Inglehart den Anteil an Mitgliedern einer Gesellschaft, die sich Blumen wünschen und vergleicht diesen Anteil mit dem derjenigen, die die Inflation bekämpfen wollen. Damit kann er dann jeder Gesellschaft einen in Prozenten ausgedrückten Postmaterialismuswert zuordnen.

Erwähnt seien hier die Einwände von Clarke und Dutt (1991), die das ganze Konzept von Materialismus und Postmaterialismus für obsolet halten. Sie argumentieren, daß das Instrument, das Inglehart verwendet, um Postmaterialisten von Materialisten zu unterscheiden, falsch operationalisiert ist. In ihrer Studie weisen sie nach, daß in dem Moment, in dem man den Befragten anstelle des Kampfes gegen die Preissteigerung den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als Ziel staatlichen Handelns und somit indirekt als Maß ihres Bekenntnisses zu materialistischen Werten anbietet, die Zahl der Postmaterialisten ins Vernachlässigenswerte sinkt. Die Preissteigerung, die sich in der Bundesrepublik im Jahre 1998 unterhalb der 1%-Marke einpendeln wird, erscheint der Öffentlichkeit naheliegenderweise als wesentlich weniger brisantes Problem als eine Sockelarbeitslosigkeit von vier Millionen. Clarke und Dutt behaupten, daß diese Verschiebung der drängendsten Probleme, ohne daß die Formulierung der Frage entsprechend angepaßt wird, das Konzept von Materialismus und Postmaterialismus verzerre.

Trotz dieser berechtigten methodischen Einwände bleibt Inglehart mit seinem Konzept federführend in der Debatte um politische Kultur. Inglehart behauptet, über eine längere Zeitspanne hinweg einen Wandel der politischen Kultur der westlichen Industriestaaten nachweisen zu können. Dies gelte nicht nur für Europa. Vielmehr sei dies ein globaler Trend, wie sich mit Daten des „World Values Survey,, populär „Inglehart goes global,, genannten, Datensatz, der ähnliches wie der Eurobarometer in einer größeren Zahl von Ländern mißt, nachweisen ließe.

Nach Inglehart sind für diese Entwicklung zweierlei Ursachen verantwortlich, eine, die in seiner Annahme über die Natur des Menschen allgemein begründet ist und eine weitere, die sich auf den Sozialisierungsprozeß eines Individuums im gesellschaftlichen Kontext bezieht. Was als Knappheitshypothese bekannt geworden ist, besagt, daß es in der Natur des Menschen liege, ironischerweise genau diejenigen Güter am meisten zu begehren, an deren Bereitstellung ein Mangel besteht. „An individual's priorities reflect the socioe-

conomic environment: One places the greatest subjective value on those things that are in relatively short supply.,, (1990 68.) Die zweite Hypothese, die Sozialisationshypothese, besagt, daß das gesamte Wertesystem eines Individuums lebenslänglich von den bestimmenden sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen determiniert ist, die während der prägenden Phase des Individuums, der Zeit der Adoleszenz, vorherrschten. Inglehart formuliert: „One’s basic values reflect the conditions that prevailed during one’s pre-adult years.,, (1990, 68.).

Kinder, die in einer Umgebung aufwachsen, die von relativer materieller, sozialer und politischer Sicherheit geprägt ist, verwenden mehr Zeit und Energie darauf, sich mit Themen auseinanderzusetzen, die man dem Kanon der postmaterialistischen Werte zuordnen kann, als solche Kinder, deren prägende Jahre von Hunger, Verfolgung, Krieg und Elend charakterisiert sind. Hat sich dann ein entsprechendes Wertegerüst etabliert, bleibt es für den Rest des Lebens stabil.

Die Analogie zu Maslows (1954) Bedürfnispyramide sticht sofort ins Auge. Maslows Überlegungen, die ursprünglich als Motivationstheorie gedacht waren, besagen, daß sich Individuen auf unterschiedlichen Bedürfnisniveaus bewegen. Am unteren Ende der Bedürfnispyramide liegen die physiologischen Grundbedürfnisse, die die Managementliteratur in der ihr eigenen, drastischen Sprache als „sex, food, and shelter needs,“ bezeichnet. Darüber angesiedelt sind soziale Bedürfnisse nach Freundschaft, Partnerschaft und Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Ganz oben schließlich befindet sich der echte Motivator, das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. In der Motivationspsychologie geht man nun davon aus, daß diejenigen Mitarbeiter einer Organisation zu besonders außergewöhnlichen Leistungen anzuspornen sind, bei denen es gelingt, mit einer Anreizstruktur an die an der Spitze der Bedürfnispyramide angesiedelten Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung zu appellieren.

Übersetzt man nun Ingleharts Sprache in diejenige von Maslow, wird klar, daß sich Materialisten am unteren, dem „sex, food, and shelter,“-Rand der

Bedürfnispyramide bewegen, während die mehr sophistizierten Postmaterialisten nach Selbstverwirklichung streben, und somit ihre Bedürfnisse die Spitze der Pyramide belegen. Die Implikationen für den wirtschaftlichen Erfolg der jeweiligen Gesellschaften sind somit klar: postmaterialistische Gesellschaften müßten nach dieser Logik über ein besser motiviertes Heer von Mitarbeitern und somit höhere Wohlstandsniveaus verfügen als materialistische Gesellschaften.

Ein solcher Transfer von Prozentanteilen Hochmotivierter auf Erfolg in der Nationalökonomie hinkt möglicherweise. Viele Aufgaben in der modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaft sind ja gerade von Individuen leichter zu erfüllen, die sich am „sex, food, and shelter,- Rand der Pyramide bewegen. Ein Schluß, der besagen würde, eine Gesellschaft habe eine gewisse Zahl an Stellen zu besetzen, die nur hochmotivierte Postmaterialisten adäquat ausfüllen können und wenn die entsprechende Quote nach der Inglehart-Methode sich mit dieser Zahl deckt, muß die Gesellschaft erfolgreich sein, ist schon auf den ersten Blick stark verkürzt, ja naiv. Granato, Inglehart und Leblang (1996) finden auch, entgegen der Maslowschen These, daß materialistische Gesellschaften über eine schneller wachsende Ökonomie verfügen, als Gesellschaften mit einem hohen Anteil an Postmaterialisten.

Das dritte bahnbrechende Forschungsprojekt, das sich mit politischer Kultur als unabhängiger Variable beschäftigt und institutionelle Stabilität über den Umweg von Wohlstand zu erklären versucht, ist Robert Putnams „Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy,, (1993). Putnam, schon lange ein Italien-Spezialist im Feld der *Comparative Politics*, nutzte die Gunst der Stunde, nämlich die Einführung regionaler Verwaltungen in Italien 1970. Dem bis dahin zentralistisch geprägten italienischen Verwaltungssystem wollte man eine föderalistische Komponente geben. Die neuen Regionen ähneln in gewisser Weise den deutschen Ländern, besitzen jedoch eine stärker eingeschränkte Autonomie. Jedermann, der Italien bereist hat, und das gilt auch für Robert Putnam, ist klar, daß man kaum von *dem* einen Italien sprechen kann.

Vielmehr bestehen dramatische Unterschiede zwischen den Regionen in Bezug auf Wohlstand, Klima und eben auch bezüglich der politischen Kultur der einzelnen Regionen. Putnam hält sein Werk auch über weite Passagen in der Form eines Reiseberichtes von Nord nach Süd.

Diese gänzlich unterschiedlichen Regionen wurden 1970 mit identischen Verwaltungen versehen. Putnam versucht nun in seiner Forschung zu eruieren, ob und gegebenenfalls warum, die neu geschaffenen Institutionen sich in einigen Regionen bewährt, in anderen hingegen versagt haben. In der Sprache von Przeworski und Teune (1970) handelt es sich also um ein sogenanntes „Most Different Systems Design,.. Gänzlich verschiedene Vertreter einer Gruppe von Untersuchungseinheiten [„The social, economic, and cultural contexts into which the new institutions were implanted differed dramatically,.. (Putnam, 1963, 6.)] werden dem gleichen Stimulus, nämlich neuen Formen der Regionalverwaltung, ausgesetzt. Unterschiedliche Effekte des Stimulus‘ auf die untersuchten Einheiten müssen dann notwendigerweise in der Unterschiedlichkeit der Einheiten liegen. Die Einheiten in Putnams Design, die italienischen Regionen, weisen solche Unterschiedlichkeiten in vielerlei Hinsicht auf, die vom Wohlstandsniveau bis hin zur ökonomischen Struktur reichen.

Nach und nach entwickelt Putnam die Hypothese, daß die Varianz der Werte seiner abhängigen Variablen, institutioneller output und Akzeptanz der neuen Institutionen, mit dem Grad der politischen Kultur in den Regionen am deutlichsten kovariiert und sich somit ein kausaler Zusammenhang zwischen politischer Kultur und institutionellem, ja demokratischem Erfolg aufdränge. Er verabschiedet sich von jenen Erklärungen, welche auf breiteste Zustimmung stoßen, wenn sie Demokratie als ein Resultat von einem Mix an Institutionen sehen, der sich nur ab einem gewissen Wohlstandsniveau einstellen kann. Putnam geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er stattdessen behauptet, daß wirtschaftlicher Wohlstand eine Folge hoher politischer Kultur sei und somit bestenfalls als intervenierende Variable zwischen Kultur und Demokratie fungiere.

In seiner Untersuchung sind also Design und Alter der untersuchten Institutionen konstant gehalten, während andere Faktoren variieren. Die Effizienz der neuen Verwaltungen wird anhand von Interviews mit herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bewertet. Der Ausdruck „Messen“, scheint für eine derartige Operationalisierung fehl am Platze. In dieser Befragung stellt sich heraus, daß die Regionen des Nordens und der Mitte Italiens mit sehr effizient arbeitenden Verwaltungen gesegnet sind, während im Süden jegliches Vertrauen in die neuen Institutionen fehlt und diese folgerichtig auch keinen meßbaren Output liefern. Die drastischen Unterschiede in Bezug auf die Qualität der Regierung zwischen Nord und Süd hat sich also durch die neuen Institutionen verschärft, obwohl die Initiatoren dieser Reform die Hoffnung hatten, daß die selben Typen von Institutionen in den unterschiedlichen Regionen allmählich zu einer Konvergenz führen würden.

Bevor Putnam sich dem eigentlichen Kern seiner Argumentation, dem Einfluß politischer Kultur auf die Qualität von Regierung zuwendet, kontrolliert er den Einfluß anderer sozioökonomischer Faktoren. So korreliert wirtschaftliche Modernität bereits sehr stark mit der Leistungsfähigkeit der neuen Institutionen. Für die 20 Regionen liegt die Korrelation bei .77. Führt Putnam nun seinen „civic community index“, ein, ergibt sich eine noch stärkere Korrelation zwischen Kultur und institutionellem Erfolg von $r=.92$. Der verwandte „civic community index“, der in der vorliegenden Arbeit im Rahmen der Perzeptionsgeschichte der „Civic Traditions“, eingehender beleuchtet wird, besteht aus einer Reihe von Variablen, die den Grad der Organisation der Einwohner einer Region in „dense horizontal networks“, deren Informationsverhalten und eine Reihe von Wählereigenschaften beinhaltet. Die Rolle sozioökonomischer Variablen ist auf die von intervenierenden Variablen reduziert. In einem weiteren Schritt wird sogar nachgewiesen, daß ein sich selbst verstärkender Kreislauf der Entwicklung politischer Kultur besteht, der dem Wohlstand förderlich ist und folglich wiederum institutionelle Reife begünstigt. Putnam formuliert:

„...economics does not predict civics, but civics does predict economics.,,
(1993, 157)

Zusammenfassend kann man Putnams Modell folgendermaßen beschreiben: Wenn die Mitglieder einer sozialen Einheit sich stark für Politik interessieren, gut informiert sind, einander vertrauen, sich freiwillig verschiedenen Organisationen anschließen und die Gesellschaft in sozioökonomischer Hinsicht eher homogen ist, handelt es sich um eine reife Zivilgesellschaft, die der ideale Nährboden für eine fruchtbare Ökonomie und funktionierende demokratische Institutionen ist.

Die Perzeption von Putnams Werk in der wissenschaftlichen Gemeinschaft war zwiespältig. Zunächst waren die *reviewers* voller Begeisterung, so z.B. LaPalombra (1993), Weil (1994) und Laitin (1995). Später mischten sich dann kritischere Töne in die Beurteilung der Ergebnisse von Putnams Untersuchung, wobei es vor allem nicht gelang, die Forschung zu replizieren (Jackman/Miller 1996.). Unter anderem wurde Kritik geäußert an der Operationalisierung verschiedener Konzepte (Goldberg 1996, Tarrow 1996.). Die Perzeptionsgeschichte soll im folgenden kurz dargestellt werden.

LaPalombra (1993) ist uneingeschränkt begeistert von Putnams Werk. Er nennt es ein „splendid,, (1996, 549) Buch. Besonders attraktiv ist für diesen *reviewer* der Stil, dessen Putnam sich befleißigt und der LaPalombra an die Reisetagebücher de Toquevilles erinnert. Völlig einverstanden ist LaPalombra auch mit den weltanschaulichen Konsequenzen der Ergebnisse der Forschung Putnams: Vertikale hierarchische Beziehungen verringern das soziale Kapital einer Gesellschaft, während egalitäre, horizontale Beziehungen das soziale Kapital wachsen lassen. LaPalombra scheint zu übersehen, daß das, was hier mit egalitären, horizontalen Beziehung bezeichnet wird, unter Umständen nichts weiter ist als eine operationalisierte Mitgliedschaft in Vogelbeobachtungsklubs. Der Autor unterstellt Putnam fast einen Kuhnschen (1962) Paradigmenwechsel, wenn er den Abschied vom Funktionalismus kommentiert: „We are compelled by this study to rethink our theories of democratisation and

to discard any notion that it is economic well being that drives political development., (1993, 550).

David Laitin (1995) ist ähnlich euphorisch aber etwas weniger naiv in seinem Lob für Putnams Studie. Ihm fallen sogar einige Schwachstellen auf. Der Leser gewinnt den Eindruck, politische Kultur sei das Lieblingsthema Laitins. Naheliegenderweise freut Laitin sich also, daß Putnam politische Kultur als Gegenstand der Forschung wieder auf die Tagesordnung bringt, nachdem „Political culture research, as many have recognized, was in the professional dog house for a generation., (1995, 173). Nun hat sie wieder den Sprung auf die Agenda geschafft. Diese Auferstehung mußte irgendwann stattfinden, da laut Laitin (1993, 169) „in social science...degenerate research programs do not die but only lie dormant until new work or new conditions begin to revive it., Besonders angetan zeigt sich dieser *reviewer* auch davon, daß Putnam, nach Laitins Meinung, Theorie, Kontextfaktoren und statistische Analysen¹ zu einer Symbiose bringe.

Laitin erwähnt aber auch einige der offensichtlichen Probleme in Putnams Opus. So weist er auf das Problem der „Pfadabhängigkeit,, hin. Putnam geht in seinem Exkurs in die Geschichte Italiens bis ins elfte Jahrhundert zurück und entwickelt eine *Big Bang Theorie*, eine Urknalltheorie, nach der im Mittelalter die Weichen gestellt wurden, denenzufolge eine Region mehr oder weniger „civic,, geworden sei. In reinster deterministischer Tradition ist ein Abweichen von diesem einmal eingeschlagenen Weg nach Putnam unmöglich.² Zwei weitere Punkte, die auf einige Inkoheränz in Putnams Werk hin-

-
- 1 Wobei Putnam sich in seiner quantitativen Analyse auf simple Kovarianzen zwischen seinem eher zweifelhaft konstruierten „Political Culture Index,, wirtschaftlichen Strukturdaten und den als „delphic measure,, gewonnen Werten zu institutioneller Effizienz beschränkt.
 - 2 Hier sei auf die Diskrepanz zwischen Putnams generell positivem Menschenbild und den Implikationen eines solchen Determinismus hingewiesen. Wenn man ohnehin nichts ändern kann, lohnt sich auch keinerlei Anstrengung folgt man dieser fatalistischen Einstellung.

deuten, mit denen Laitin jedoch Putnams Schlüsse nicht falsifizieren kann, sind zum einen die historische Erfahrung des Faschismus in Nord und Süd, der sich eigentlich, laut Laitin, auf die primitiveren südlichen Regionen hätte beschränken müssen und zum anderen die geographische Omnipräsenz von Korruption in Italien, ein weiteres Phänomen, das man nach Putnams Theorie der *civicness* eher im Süden als im Norden erwarten würde.

Auch Marco Maraffi, der erste italienische Wissenschaftler, der sich in der internationalen Diskussion um die politische Kultur seines Heimatlandes zu Wort meldet, schließt sich der Lobpreisung des Putnamschen Werkes fast uneingeschränkt an. Er bezeichnet „Making Democracy Work“, als ein „challenging and ambitious book“, (1994, 1348), ist jedoch etwas kritischer als seine amerikanischen Kollegen, was die Schlüsse Putnams in der historischen Analyse des Generierungsprozesses der politischen Kultur in den einzelnen Regionen Italiens angeht. Er bezeichnet Putnams Analyse nicht explizit als oberflächlich, betont aber, daß einige der Schlüsse auf etwas *wackeligen Beinen* (1994, 1349) stehen. So seien die Einflüsse, die von den Fürsten der norditalienischen Stadtstaaten des Mittelalters auf die Entwicklung einer partizipatorischen Kultur, die bis heute bestehe, überschätzt, *überschätzt* im eigentlichen Sinne des Wortes: Da kein geeignetes Datenmaterial vorliegt, habe Putnam geschätzt, und zwar *überschätzt*. Darüber hinaus schließt sich Maraffi der Kritik an der Operationalisierung der zentralen Konzepte an. Essentiell für Putnams „civic culture index“, sind die horizontalen gesellschaftlichen Bindungen. Es mußte fast zwangsläufig auf Widerstand stoßen, wenn diese durch die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinigungen, die der gemeinsamen Freizeitgestaltung dienen, wie etwa Fußballvereinen oder den schon erwähnten Vogelbeobachtungsclubs gemessen wird.

Sabetti (1996) zählt ebenfalls noch in den großen Kreis der begeisterten Rezensenten von Putnams Arbeit, auch wenn er den Beginn des Umschwunges von Begeisterung zu gesunder Distanz in der Perzeption des Werkes durch die wissenschaftliche Gemeinschaft markiert. Nach Sabetti (1996) ist Putnams

Hauptverdienst, den Schritt zu den Regionen als Analyseeinheit zu wagen und nicht weiter ausschließlich anhand crossnationaler Studien vergleichende Kulturforschung zu betreiben. Durch die Wahl der Analyseeinheit „Region“, und das in einem einzigen Land, Italien, hat Putnam sich jedoch selbst in eine schwierige Position gebracht. Er ist naheliegenderweise als Amerikaner auch nach 20 Jahren *area studies* in Italien den genuinen italienischen Italienforschern in vielerlei Belangen unterlegen. Mag Putnam noch so sehr Strukturalist sein, dem man fehlende Detailkenntnis mit Einschränkungen verzeihen mag, muß er sich unter anderem von Sabetti fragen lassen, ob er bei seinen delphischen Bewertungen den Kollegen aus dem Land selbst das Wasser reichen kann.

Sabetti führt vor allem Cattaneo (1969) als einen Forscher an, dessen analytischen Fähigkeiten er mehr vertraut und dessen Lebenswerk und sogar Geburtsort, Italien, der Erforschung der Unterschiede zwischen den Regionen Italiens gewidmet ist. Die Werke der beiden Autoren, Cattaneo und Putnam, vergleichend, resümiert Sabetti (1996, 40), daß es ein schwieriges Unterfangen sein muß, zu dauerhaft gültigen Ergebnissen in der interregional vergleichenden Italienforschung zu gelangen: „Cattaneo’s life-long intellectual struggle and Putnam’s twenty-year poking around the regions of Italy suggest that the task is not an easy one., (Sabetti, 1996, 40).

Verglichen mit Cattaneos Werk erscheine Putnams Untersuchung wie ein Reisebericht. Es werden laut Sabetti (1996) lediglich, bis zu Karrikaturen verzerrte, Verallgemeinerungen der tatsächlichen Verhältnisse in Nord und Süd dargestellt. Darüber hinaus entlarvt auch Sabetti die Hauptschwachstelle in Putnams Versuch, nämlich die deterministische Entwicklung der politischen Kultur in den einzelnen Regionen. Wenn denn alle Regionen schon vor 900 Jahren den Pfad eingeschlagen haben, auf dem sie sich heute noch befinden, muß gefragt werden, welche diejenigen Faktoren waren, die die politischen Kulturen der Regionen auf ihre jeweiligen Pfade gebracht haben. Andernfalls bietet man keine wissenschaftliche Erklärung, sondern argumentiert, daß die

Situation ist, wie sie ist, weil sie immer so war, wie sie ist. Wie eine Vorhersage der Entwicklung der politischen Kultur auszusehen hat, ist dann auch offensichtlich: Die Situation wird bleiben, wie sie war und ist.

Myers (1996) wählt ähnliche Ansatzpunkte für seine Kritik wie Sabetti: Die Pfadabhängigkeit und die logische Lücke, die sich auftut, wenn man nach den Ursachen für das Entstehen der schier unveränderlichen politischen Kultur fragt. Darüber hinaus zweifelt Myers daran, daß politische Kultur in einer Gesellschaft tatsächlich so stabil sei, wie Putnam glaubt, nachgewiesen zu haben, daß es wirklich die Tatsache der normannischen Besetzung Süditaliens, die päpstliche Führung der Mitte und die Stadtstaaten des zwölften Jahrhunderts im Norden des Landes sind, die für die heutige politische Kultur verantwortlich zeichnen.

Myers führt ein interessantes Indiz für einen Wandel der politischen Kultur Süditaliens ins Feld, mit dem er versucht, Putnams Theorie zu falsifizieren: Wenn die politische Kultur der Süditaliener so schlecht entwickelt sei, wie Putnam suggeriert, wie kann es dann möglich sein, daß die Mauer des Schweigens, die die organisierte Kriminalität, namentlich die sizilianische Mafia, die neapolitanische Camorra und die Cosa Nostra geschützt habe, zusammenbrechen konnte, und das zuerst im Süden und dann im Norden? Der Grundtenor von Myers' Rezension bleibt jedoch freundlich und er stimmt den Ergebnissen zu, indem er festhält: „Putnam's historical tour finds civic traditions to be uniformly powerful predictors of the present level of socioeconomic development.,, (1995, 88).

Margaret Levi (1996) ist in ihrer Kritik deutlich dezidierter als Myers. Sie beschreibt die Entwicklung ihrer Einschätzung des Werkes. Zunächst sei sie vom empirischen Reichtum und der soliden Theorie beeindruckt gewesen. „In an earlier review I shared in the praise [for the book]...in this essay, however, I come neither to praise nor to bury Putnam but rather to raise some concerns about his central theoretical concept: social capital.,, (1996, 45). Wie die anderen Rezensenten hatte sie sich wohl zu Anfang von Putnams eigenem

Charme bezirzen lassen, bevor sie doch auf erhebliche Schwachstellen stieß. Zum einen kritisiert auch sie auf fast polemische Art und Weise Putnams Proxy für „civicness“, in Form von horizontalen sozialen Bindungen, die wiederum auf recht eigenwillige Art und Weise operationalisiert ist. Sie erweckt den Eindruck, Putnam sei von seinen eigenen romantischen Vorstellungen, wie eine edle Zivilgesellschaft auszusehen habe, gelehrt gewesen, als er das Bild von Norditalien zeichnete. Besonders problematisch ist für Levi jedoch die andere Hauptkomponente der „civicness“, nämlich das interpersonale Vertrauen.

Zum einen sei das Konzept von Vertrauen, das für Levi synonym mit sozialem Kapital ist, auf zu viele unterschiedliche Arten verwandt. Vertrauen könne erstens entstehen durch das Wissen um das Funktionieren von Institutionen, Vertrauen kann aber auch zweitens den Anreizsystemen, die die Verwaltungen zu „gutem Regieren“, anhalten sollen, entgegen gebracht werden. Und schließlich kann Vertrauen drittens schlichtweg Ausdruck hoher moralischer Standards innerhalb einer Gruppe sein. Desweiteren akzeptiert Levi nicht den Kausalzusammenhang zwischen Vertrauen und guter Regierung. Gleichzeitig vermisst sie einen Grund, der das Vertrauen zwischen den Individuen einmal ins Leben gerufen hat und wünscht die Instanzen benannt, die das Vertrauen am Leben erhalten.

Ellis Goldberg (1996) schließt sich in der selben Ausgabe von *Politics and Society* der Kritik von Levi an, unterzieht Putnams Analyse aber einem empirischen Test, indem sie Teile der errechneten Kovarianzen zu replizieren versucht. Ihre Daten generiert sie, indem sie die einzelnen Punkte der Werte verschiedener Variablen aus den Diagrammen im Appendix von „Making Democracy Work“, schätzt. Es gelingt ihr für eine Reihe von Variablen nicht, Putnams eindrücklich hohe Kovarianzen nachzuweisen. Ganz verwerfen kann aber auch sie die Putnamschen Modelle nicht, da sie Schwierigkeiten bei ihrer Datengenerierung einräumen muß.

Nachdem Goldberg die Ergebnisse von Putnams Untersuchung in Zweifel gezogen hat, hinterfragt auch sie die historische Erklärung, die Putnam

anbietet. Ein Detailstreit über die Frage, wann und wo das Kreditwesen eingeführt wurde und somit die Frage nach interpersonalem Vertrauen einen unmittelbaren Einfluß auf die finanzielle Situation von Individuen hatte, scheint zu drohen. Um in diesem Streit zu richten, müßte man wohl über profundere historische Kenntnisse verfügen als sowohl Putnam als auch Goldberg sie zu haben, sich den Anschein geben. Trotz all dieser methodischen Kritik an „Making Democracy Work“, schließt auch Goldberg nicht gänzlich aus, daß Kultur doch eine wichtige Variable im Expertenstreit sein mag. „My criticism...has been primarily methodological. There is therefore nothing in my argument that suggests that Putnam’s explanation is conceptually flawed.“, (1996, 14).

Als vorletzten Schritt der Literaturanalyse wende ich mich nun der neuesten Debatte über politische Kultur, ihren Einfluß auf wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand allgemein zu, die den Kern dieser Arbeit berührt. Granato, Inglehart und Leblang (GIL) (1996) auf der einen Seite und Jackman und Miller (JM) (1996) auf der anderen mit Duane Swank (1996) als Schiedsrichter diskutieren im *American Journal of Political Science* den Einfluß politischer Kultur auf das Wirtschaftswachstum eines Landes. GIL stellen die Hypothese auf, daß Wachstumsmodelle in der neoklassischen Tradition, von Solow (1956) und Swan (1956) begründet, für sich genommen, weniger mächtige Erklärungen liefern als endogene Modelle, die auch soziologische Variablen, hier: politische Kultur, mit einbeziehen. Mit Hilfe der Daten von Ingleharts *World Values Survey* konstruieren GIL ein Kontinuum der Leistungsbereitschaft. Am unteren Ende der Skala finden sich jene Gesellschaften, in denen die Befragten besonders häufig Postmaterialisten sind und daher selten solche Werte als wünschenswert bezeichnen, die zu Leistung und Fortschritt anspornen. Umgekehrt erhalten Gesellschaften einen hohen Wert auf dem Index, die überwiegend aus Materialisten - bei gleichzeitiger Betonung von Leistung - bestehen. Im bivariaten Teil ihrer Analyse stellen GIL fest, daß die Länder Afrikas in ihrem Datensatz, nämlich die Republik Südafrika und Nigeria, nicht nur kaum wachsen, sondern auch über eine Kultur verfügen, die

nicht zu Wachstum ansporne. Umgekehrt besitzen die zum untersuchten Zeitpunkt noch sehr schnell wachsenden asiatischen Staaten, China, Japan und Südkorea auch eine entsprechend wachstumsfördernde Kultur. Zwischen diesen beiden Extrema liegt das Cluster der westlichen Industrienationen.

GIL fahren fort, indem sie in ihr Modell makroökonomische Standardparameter inkorporieren da sie davon überzeugt sind, daß kulturelle Faktoren über ähnliche Erklärungsmacht verfügen wie diejenigen makroökonomischen Variablen, die in neoklassischen endogenen Wachstumsmodellen Verwendung finden. „We believe that it is not an either/or proposition: cultural and economic factors play complementary roles.,, (1996, 607).

Dasjenige der Modelle von GIL, das die meiste Varianz erklärt, besteht aus den genannten Kulturvariablen, die in der erwarteten Richtung auf dem .05 Niveau signifikant sind, sowie den ökonomischen Variablen Investitionsquote und Pro-Kopf-Einkommen in der Vorperiode. Darüber hinaus weist Bildung einen signifikanten Einfluß auf das durchschnittliche Wirtschaftswachstum zwischen 1960 und 1989 in den untersuchten Ländern auf. Von diesen Ergebnissen leiten GIL ab, daß Wachstumsmodelle nur dann vollständig sind, wenn sie kulturelle Variable mit einbeziehen. Ihre Aussage untermauern sie, indem sie das volle Repertoire der Signifikanztests, *encompassing principle*, *Leamer's Extreme Bound Analysis*, *Robust Regression* und *Bootstrap Resampling*, ausschöpfen.

Methodisch weniger sophisticated, aber gleichermaßen überzeugend erscheint JMs Antwort auf GILs Resultate, die sie aber nicht ganz ernstzunehmen scheinen. So kommentieren sie: „To be sure, Inglehart does label his discussion as ‚speculation with data‘.,, (1996, 651.). JM holen in ihrer Analyse etwas weiter aus, indem sie zu Putnams Studie zurückkehren, fokussieren dabei aber den Einfluß politischer Kultur auf Wirtschaftswachstum und vernachlässigen in diesem Zuge die institutionelle Stabilität. In einem ersten Schritt versuchen sie mit begrenztem Erfolg, Putnams Studie zu replizieren. In einem zweiten Schritt verwenden sie Teile von Ingleharts eigenen Daten. So-

wohl im bivariaten Teil ihrer Analyse, in welchem sie den Einfluß einzelner Variablen der politischen Kultur auf das Wirtschaftswachstum mittels Regressionsanalysen testen, als auch im multivariaten Teil, in dem sowohl Kultur- als auch Standardvariable der Makroökonomik auf Wachstum regrediert werden, findet sich kein Beweis für einen Einfluß kultureller Variablen auf die jeweilige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes, zumal die Autoren auch den Einfluß kultureller Variablen auf die Demokratie ganz allgemein bezweifeln. „If the claim for an effect on democracy is weak, so too is the assertion that civic virtue influences economic growth., (1996, 651.). Dennoch zögern JM, die Hypothese, daß politische Kultur einen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum besitzen könnte, ganz zu verwerfen.

Duane Swanks Beitrag läßt sich durch den abschließenden Satz ihres Artikels zusammenfassen: „Culture probably matters for...economic performance but much more work needs to be done to determine how much it matters and in what ways., (1996, 675). Tatsächlich lassen Swanks Forschungsergebnisse keinen schärferen Schluß zu als den, daß nicht-ökonomische Variable wahrscheinlich einen Einfluß auf ökonomisches Wachstum besitzen. Swanks Konstrukt von politischer Kultur oder, wie er es nennt, Kommunitarismus, erinnert stark an bekannte Definitionen von Korporatismus (Schmitter, 1979; Schmitter/Streek, 1981). Er findet, daß diejenigen Staaten, in denen Regierung und Spitzenverbände der Wirtschaft gemeinsam Wirtschaftspolitik planen und betreiben, deren Gesellschaften ganz allgemein hierarchisch organisiert sind und in denen Individuen ihre Identität über Gruppenzugehörigkeit definieren, wirtschaftlich erfolgreicher sind als andere. Wenig überrascht es, daß es sich bei dieser Staatengruppe um die asiatischen Länder handelt. Swank führt für diese einen erklärungs mächtigen „Confucian-Statist Dummy,, ein. Die andere Variable, die Swanks Modell erheblich verbessert, ist wiederum eine Dummy Variable, und zwar ein „Social Corporatist Dummy,,. Diese Variable erklärt den wirtschaftlichen Erfolg der skandinavischen Länder bis zum Jahr 1990.

GIL reagieren entsprechend deutlich in ihrer Erwiderung auf Swanks zweifelhaften Versuch einer Verbesserung ihres ursprünglichen Modells. „The argument is ad hoc and unconvincing...his coding of the variables is suspect as well., (1996, 692). Um diese Reaktion in ihrer Deutlichkeit zu verstehen, berücksichtige man, daß Swank in der Konstruktion von Dummyvariablen für sechs der untersuchten Länder, die Bedeutung der GIL-Variablen „Achievement Motivation,, und „Postmaterialismus,, in Frage stellt. Genau diese Variablen konnte Inglehart aber nur durch aufwendige Interviews in allen untersuchten Länder schaffen. Ein Angriff auf diese Variablen in der Herangehensweise eines „perceptive tourist,, (1996, 692), wie GIL es nennen, kommt einem Angriff auf Ingleharts Lebenswerk nahe. Entsprechend vehement verteidigt dieser seinen Ansatz.

Das vorläufig letzte Wort in dieser Debatte um den Einfluß politischer Kultur auf Wirtschaftswachstum haben wiederum Jackman und Miller (1996). Sie schließen sich der Kritik durch GIL (1996) an den Erweiterungen der Forschung durch Swank an. Dabei stößt insbesondere die Swanksche Strategie der ex post Betrachtung und Konstruktion von Variablen auf ihren Unmut. Nach JM hat Swank zu Beginn seiner Forschung das Ziel, die hohen Wachstumsraten in Ostasien auf kulturelle Faktoren zurückzuführen und führt im Folgenden konsequenterweise eine Dummy-Variable ein, die nur für eben jene Staaten einen Wert annimmt. Die erklärte Varianz eines solchermaßen konstruierten Modells muß zwangsläufig außergewöhnlich hoch sein. Swank muß sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, nicht in aller Schärfe abhängige und unabhängige Variable voneinander zu trennen.

Zum Abschluß der Literaturanalyse soll im nun Folgenden noch ein völlig neuer Zweig der Forschung zu sozialem Kapital und politischer Kultur skizziert werden. Eine Gruppe von Forschern um die schon mehrfach erwähnten Margaret Levi (1996, 1998.) Sabetti (1996, 1998) und Maraffi (1995, 1998), bereichert um die Mitarbeit von Whiteley (1998) und Boix und Posner

(1998) konzentrieren sich in ihren Untersuchungen auf nur einen bestimmten Ausschnitt politischer Kultur: interpersonales Vertrauen.

Boix und Posner (1998) distanzieren sich etwas von der neueren Diskussion über gesellschaftliches Kapital, auch wenn sie zu den Vätern dieser Diskussion zu zählen sind. Für sie ist *social capital* nur ein anderer „flashy,, (1998, 13) Ausdruck für das, in ihren Augen überlebte, Konzept von politischer Kultur. Sie betrachten gesellschaftliches Leben als doppeltes Gefangenendilemma. In einer solchermaßen charakterisierten Umgebung kann es innergesellschaftlich nicht zu Kooperation und einer *civic society* kommen. Spieler sind nach Boix und Posner die Mächtigen auf der einen und die Machtlosen auf der anderen Seite. Die Mächtigen versuchen die Machtlosen daran zu hindern, sich zusammenschließen in dem Typ Organisation, der nach Putnam dichte horizontale Netzwerke und über diesen Umweg eine funktionierende Zivilgesellschaft konstituiert.

Interpersonales Vertrauen, die Grundlage für eine Teilnahme an solchen Verbindungen, die einen Ausweg aus dem Dilemma und ein neues, „gerechtes,, Gleichgewicht erzeugen könnte, definieren Boix und Postner (1998, 13) als eine Ansammlung institutionalisierter Erwartungshaltungen gegenüber dem Verhalten anderer. Sie schränken aber sogleich die Bedeutung solcher Gleichgewichte ein. Und zwar anhand der zwei Arten von Gleichgewichtszuständen bezüglich physischer Gewalt die sich als Extrema eines Kontinuums vorstellen lassen: erstens eine Gesellschaft in der jedermann ein Waffe trägt oder zweitens alle unbewaffnet sind. Chancengleichheit, unversehrt zu bleiben, besteht in beiden Fällen.

Entscheidend für die Herausbildung von sozialem Kapital und dessen Kern, interpersonalem Vertrauen ist die Chancengleichheit aller Individuen. Ist diese nicht gegeben, entwickle sich kein Potential für eine funktionierende Zivilgesellschaft. Diese These versuchen die Autoren zu belegen, indem sie auf die Kovarianz von niedrigen Werten für die Variablen interpersonales Vertrauen und Zivilgesellschaft auf der einen Seite und der ungleichen Verteilung

materieller Ressourcen in einigen Ländern und Regionen Südeuropas auf der anderen hinweisen. Chancengleichheit und deren Effekt auf den Grad der Zivilisierung einer Gesellschaft beschränkt sich aber durchaus nicht auf die materiellen Startchancen der Individuen. Vielmehr ist die Frage nach den Zugangschancen des Einzelnen zu politischem und gesellschaftlichem Einfluß entscheidend für den Erfolg der Zivilgesellschaft allgemein. Hier schließt sich auch wieder der Bogen zu Putnam, dessen historischer Analyse sie sich anschließen. Die Regionen, in denen das Bürgertum schon im Mittelalter gewisse Partizipationsmöglichkeiten am öffentlichen Leben und der politischen Entscheidungsfindung besaß, sind auch heute noch weiter entwickelt als die Regionen Italiens, die stets von Absolutismus und Diktatur geprägt waren. Soziales Kapital wird demnach über sehr lange Zeiträume hinweg akkumuliert. Politik und staatliche Steuerung besitzen vergleichsweise geringen Einfluß.

Maraffi steuert 1998 eine weitere Untersuchung zu Putnams Italien-Studie bei. In diesem Aufsatz konzentriert sich der Italien-Spezialist auf die Konsequenzen des wichtigsten Bestandteils von *Civiness* im Putnamschen Sinne, freiwillige Mitgliedschaft in horizontalen Netzwerken. Zunächst betont er wiederum, daß Italien, wie auch die anderen südeuropäischen Länder über einen geringen Organisationsgrad seiner Bevölkerung verfügt. Darüber hinaus erinnert er an die ungleiche Verteilung des Anteils organisierter Bürger in unterschiedlichen Regionen innerhalb des Landes. Der Grad ist deutlich höher im Zentrum und Nordosten des Landes als in den übrigen Regionen.

Nun betritt Maraffi Neuland in der Diskussion um soziales Kapital. Er untersucht nämlich als erster Wissenschaftler implizit die Validität des Putnamschen Konstrukts, nämlich die Frage, ob das *Proxy* für Zivilgesellschaft, horizontale gesellschaftliche Bindungen, tatsächlich einen Unterschied bezüglich der anderen Dimensionen von *Civiness* erzeugt. Schon für Almond und Verba, aber erst recht für Putnam waren schließlich die organisierten Bürger die „besseren,, Bürger, die auch über ein ausgeprägteres politisches Interesse,

Zufriedenheit mit dem politischen Regime, parteiliche Identifikation und Diskussionsbereitschaft verfügen.

Durch Befragungen findet Maraffi heraus, daß die Mitgliedschaft in nur einer einzigen horizontal ausgerichteten Organisation nur in dem einen seltenen Fall einen Unterschied hinsichtlich des Grades der Politisierung macht, dann nämlich, wenn es sich bei der betreffenden Organisation um eine politische Partei handelt. Mitgliedschaft in anderen Verbindungen besitzt keinen nachweisbaren Einfluß auf die *Civicness* des Einzelnen. Mitgliedschaft per se politisiert also nicht. Ein anderes Bild bietet sich, wenn man die Einstellungen der Mitglieder mehrerer Organisationen betrachtet. Multiple Mitgliedschaft hat einen starken positiven Zusammenhang mit sämtlichen genannten Variablen, die politische Mobilisierung, Interesse und Verhalten messen.

Im weiteren wendet sich Maraffi (1998) der Frage zu, woher diese Politisierung und die höhere Teilnahmebereitschaft an den beschriebenen Verbindungen komme. Allgemein wird angenommen, daß sich eine Gesellschaft solche Institutionen schafft, die ihrer politischen Kultur, bzw. ihrem Grad an *Civicness* entspricht, daß der Weg also *bottom-up* verläuft. Dem widersprechen jedoch die Ergebnisse Maraffis. Die freiwilligen Organisationen, anhand deren Mitgliedschaft politisches Bewußtsein gemessen wird, sind ihrerseits ein Produkt der politischen Parteien. Sozialistische und katholische politische Gruppen im Nordosten und der „roten,, Mitte des Landes treten nach Maraffi als Sponsoren anderer, vermeintlich unpolitischer Vereine auf. Dies nennt Maraffi einen Beweis dafür, daß politisches Bewußtsein sich eben doch nicht unabhängig von unten entwickelt, sondern vielmehr gesteuert wird von politischen und para-politischen Organisationen. Die Entwicklung laufe also *top-down*.

Levi steuert 1998 erneut einen Beitrag zum Thema bei, in dem sie sich wiederum besonders auf die Komponente „Vertrauen,, im Konzert dessen, was gesellschaftliches Kapital ausmacht, konzentriert. Ihre Definition von interpersonalem Vertrauen beinhaltet die folgenden Komponenten. Person A vertraut darauf daß Person B auf eine berechenbare Art und Weise handelt. Dafür muß

es für Person A sinnvoll nachvollziehbar sein, daß B diese Handlungsoption wählt, da sie in Bs eigenem Interesse liegt. Vertrauen entsteht über Zeit, muß stets neu bestätigt werden und ist nur im Verhältnis zu anderen zu definieren.

Die zentrale Quelle interpersonalen Vertrauens ist die Wiederholung erfolgreichen vertrauensvollen Handelns. Eine Teilnahme an einer Vielzahl von Netzwerken, die auf gegenseitiges Vertrauen und Berechenbarkeit fußen, führt schließlich zu einer Verallgemeinerung von Vertrauen, Vertrauensseeligkeit gewissermaßen als Charaktereigenschaft des Individuums. Besitzen ab einem gewissen Punkt angebar viele Mitglieder der Gesellschaft diese Vertrauensseeligkeit, stellt dieses Aggregat das gesellschaftliche, oder soziale Kapital dar.

Bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen der Größe des sozialen Kapitals und der Qualität des Regierens verläßt Levi Putnams Pfad. Hatte Putnam noch die Richtung der Wirkungsweise so verortet, daß hohes soziales Kapital zwangsläufig zu guter Regierung führt, baut Levi das Vertrauen in einen sich selbst verstärkenden Wirkungskreis ein. Vertrauen in die Qualität der Regierung bestärkt dann weiter die Eigenschaft Vertrauensseeligkeit im Sinne von *interpersonalem* Vertrauen.

Um Vertrauen zu messen und zu operationalisieren, macht Levi einen neuen Vorschlag. Anstatt den Grad des interpersonalen Vertrauens direkt zu erfragen, solle man bei der Erforschung des Grades an interpersonalem Vertrauen vielmehr die Handlungen messen, die dem tatsächlichen Erteilen von Vertrauen vorgelagert sind. Letztlich meint sie, es sei am präzisesten diejenigen Kosten zu messen, die anfallen bei dem Bemühen, die Zuverlässigkeit anderer auszuloten. Sie weist selbst darauf hin, wo dieses Verfahren seinen Hauptschwachpunkt besitzt, nämlich in einer Situation, in der niemand Grund besitzt, sich um die Zuverlässigkeit anderer zu kümmern. Eine solche Konstellation könne gleichzeitig ein Indiz für vollkommenes Vertrauen oder aber für die vollkommene Abwesenheit desselben sein. Auch abseits dieses Extremfalles wird nicht klar, wie Levi sich das Verhältnis von Vertrauen und den Ko-

sten, die der Einzelne zu dessen Absicherung zu tragen bereit ist, vorstellt. Levi scheint zu vermuten, daß derjenige, der bereit ist, viel zu investieren, um Vertrauen zu etablieren, Vertrauen ganz allgemein einen höheren Wert beibringt. Man könnte aber durchaus sinnvoll auch so argumentieren, daß eine Gesellschaft, die von einem hohen Maß interpersonalen Vertrauens geprägt ist, es für den einzelnen unnötig macht, weiter in die Frage nach dem Grad der Berechtigung des Vertrauens zu investieren und somit Levi Opfer einer Fehleinschätzung der Richtung der Kausalität geworden ist.

Als die Arbeit eines letzten Vertreters der neuesten europäischen Forschung im Feld von politischer Kultur, sozialem Kapital und interpersonalem Vertrauen sei hier noch diejenige von Whiteley (1998) diskutiert. Whiteley analysiert nicht, wie die weiter oben besprochenen Autoren, den Einfluß, den der Grad der *civiness* einer Gesellschaft auf die entsprechenden Institutionen oder ganz allgemein die Qualität der Regierung besitzt. Vielmehr forscht Whiteley im selben Feld in das auch diese Arbeit gehört: dem Einfluß, den politische Kultur, bei Whiteley in der Form interpersonalen Vertrauens, auf das Wachstum der Wirtschaft nimmt.

Theoretisch begründet Whiteley seine Hypothese, daß Vertrauen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft wirtschaftliches Wachstum fördere, dreifach: Erstens reduziere gegenseitiges Vertrauen die Transaktionskosten, die beim Vertragsabschluß, oder schon vorher, bei der Anbahnung von Verträgen, entstehen. Zweitens werden die Transaktionskosten, die durch die Notwendigkeit von Überwachung und Kontrolle der Partner im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Verflechtung entstehen, minimiert. Zusätzlich entfallen drittens diejenigen wirtschaftlichen Einbußen, die durch Diebstahl und Betrug verursacht werden. Schließlich lebt man in einer Umgebung in der die Wirtschaftssubjekte einander mit gutem Grund vertrauen.

Ausgangspunkt für Whiteleys Untersuchung in 34 Ländern über einen Zeitraum von 22 Jahren sind die neoklassischen Wachstumsmodelle, entwickelt von Salow (1956) und Swan (1956). Diese beiden Autoren fanden einen

negativen Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum, sowie einen wachstumsfördernden Einfluß der Sparquoten in den entsprechenden Ökonomien. Spätere neoklassische Modelle führten neben den Faktoren Arbeit und Kapital auch noch Technologie in den Kreis der potentiell Wachstum beschleunigenden Variablen ein.

In seiner Definition von sozialem Kapital schließt sich Whiteley überwiegend Coleman (1988) an, der die Bereitschaft des Einzelnen, anderen, seien dies nun Familienmitglieder, Mitbürger, oder die Menschheit ganz allgemein, zu vertrauen, als *social capital* bezeichnet. Somit läßt Whiteley die zwei anderen Komponenten von Civicness in Putnams Potpourri, gesellschaftliche Normen, die Kooperation fördern und die bewußten horizontalen Bindungen, außen vor.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert. *Social Capital* einer Gesellschaft, operationalisiert als der Grad des Vertrauens, den die Mitglieder einer Gesellschaft einander schenken, besitzt einen starken positiven Einfluß auf das jeweilige Wirtschaftswachstum. Dieser Einfluß ist noch stärker als der, den das aktuelle Wohlstandsniveau ausübt; das Wohlstandsniveau, eine Variable, die nach der weit geteilten Konvergenzthese die bedeutendste ist für jedes endogene Wachstumsmodell. Auch ist Vertrauen zwischen den Individuen wichtiger etwa als das durchschnittliche Bildungsniveau in dem entsprechenden Land. Darüber hinaus kovariieren Einkommen und Vertrauen stark. Würde dieser Befund Bestand behalten, hieße dies, daß wohlhabendere Länder sich ein höheres Maß an interpersonalem Vertrauen leisten, das seinerseits wieder zusätzliches Wachstum wahrscheinlich macht und letztlich zu einem stets wachsenden Abstand zwischen armen und reichen Ländern führen muß. Die optimistischen Hoffnungen der Konvergenzliteratur würden durch diese, noch weiter zu prüfende, Forschung zerstört. Es bleibt aber der Verdacht der sog. *Reversed Causality*. Darunter versteht man das Problem, daß oftmals bei solchen quasi-deterministischen Wirkungsketten nicht genau zu bestimmen ist, welche Variable die abhängige, und welche die unabhängige ist. Man könnte

ebenfalls genauso logisch argumentieren, daß nur diejenigen Gesellschaften, die über ein gewisses Wohlstandsniveau verfügen sich den Luxus weit verbreiteten interpersonalen Vertrauens leisten können und somit nicht Wohlstand das Ergebnis von Vertrauen ist, sondern sich nur im Wohlstand Vertrauen entwickeln kann.

Weiterhin interessant an Whiteleys aktuellen Ergebnissen ist die Tatsache, daß sie grundsätzlich für alle Länder, Gesellschaften, politischen und wirtschaftlichen Systeme zu gelten, den Anspruch erheben. Interpersonales Vertrauen fördert Wirtschaftswachstum in den Marktwirtschaften genauso wie in den kommunistischen Ländern China und Sowjetunion, fördert Wachstum in den Demokratien genauso wie in Chile und Nigeria. Die Arbeit Whiteleys steht thematisch der vorliegenden Arbeit am nächsten und findet gegenteilige Resultate, was deutlich macht wie dringend weitere Forschung in diesem Feld nötig ist.

In diesem Kapitel habe ich die Literatur zum Thema politische Kultur im allgemeinen und zum Einfluß, den sie auf wirtschaftliches Wachstum im besonderen nehmen könnte, vorgestellt. Zunächst wurden die Konzepte von politischer Kultur wie sie Almond und Verba (1963), Inglehart (1977) und später Putnam (1993) entwickelt und die sich bei den Forschern in diesem Feld etabliert haben, erläutert. Demnach versteht man unter politischer Kultur diejenigen Werthaltungen und Einstellungen eines Individuums, die sich mit interpersonalem Vertrauen, Informationsverhalten, (post-)materiellen Werten und Partizipation am politischen Entscheidungsprozeß befassen. Die politische Kultur einer Region oder eines Staates ist demnach das Aggregat derer ihrer Mitglieder.

Darüber hinaus wurden in diesem Kapitel die neueren empirischen Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der politischen Kultur einer territorialen Einheit und dem Wachstum der entsprechenden Volkswirtschaft diskutiert. Allen Forschungsprojekten ist gemeinsam, daß sie einen Einfluß nicht-ökonomischer Faktoren auf die Ökonomie vermuten. Versuchen sie je-

doch explizit, den Einfluß politischer Kultur auf wirtschaftliche Prosperität zu testen, kann die Nullhypothese nie gänzlich verworfen werden, oder aber sieht sich die jeweilige Untersuchung rasch berechtigter Kritik ausgesetzt. Diese Arbeit versucht genau diesen Beitrag zu leisten, nämlich kulturelle Variablen endgültig auf ihre Erklärungsmacht bezüglich wirtschaftlichen Wachstums hin zu testen.

KAPITEL 3

Theorie, Hypothesen, Daten, Design, Methoden

Bei der Ableitung der durch diese Arbeit zu testenden Hypothesen schlieÙe ich mich vorläufig der den zitierten Arbeiten zugrundeliegenden Theorie an: Wirtschaftliches Wachstum ist nicht ausschließlich eine Funktion makroökonomischer Gegebenheiten innerhalb eines Wirtschaftsraumes. Vielmehr spielen individuelle, soziale und psychologische Faktoren eine entscheidende Rolle. Aggregiert ergeben diese individuellen Faktoren die politische Kultur der jeweiligen Gesellschaft. Diese politische Kultur determiniert das Wachstum der Wirtschaft und dessen Geschwindigkeit in einer gegebenen Region. Eine politische Kultur, die wirtschaftliches Wachstum beschleunigt, zeichnet sich durch eine gut informierte, gebildete und politisierte Population aus. Wirtschaftliches Wachstum wird durch eine tiefe Verwurzelung der Mitglieder der Gesellschaft in horizontalen Bindungen gefördert. Solche horizontale Bindungen sind deshalb von entscheidender Bedeutung, da unterstellt wird, daß diese zur Entwicklung einer partizipativen, fortschrittsfreundlichen politischen Kultur entscheidend beitragen. Auf der anderen Seite wachsen diejenigen Ökonomien langsamer, deren Teilnehmer eher dem „parochial citizen,, (Almond und Verba. 1963.) entsprechen: desinteressierte, wenig gebildete Objekte staatlichen Handelns.

Vor diesem theoretischen Hintergrund entwickle ich die folgende Hypothese:

H^F: Eine politische Kultur, die gekennzeichnet ist durch aktives Informationsverhalten und einen hohen Grad der Politisierung bei gleichzeitig hohem Bildungsniveau, läßt die entsprechende Ökonomie wachsen.

H^0 : Die politische Kultur einer Gesellschaft besitzt keinen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum.

Um die Hypothesen zu testen, verwende ich Umfragedaten aus dem Eurobarometer sowie Strukturdaten, die von der Europäischen Union und der Weltbank veröffentlicht wurden. Untersuchungseinheit sind die europäischen Regionen. Diese Untersuchungseinheit wurde aus zwei Gründen gewählt. Zum einen setzt dies die Tradition Putnams (1993) fort, der für seine bahnbrechende Forschung ebenfalls auf der Ebene der Regionen arbeitete. Zum anderen scheinen die Regionen Europas gerade für eine Untersuchung, die ein endogenes Wachstumsmodell entwickelt, die aussagekräftigste Analyseeinheit zu sein.

Betrachtet man die erheblichen Wohlstandsunterschiede und die stark differierenden Wachstumsraten innerhalb der einzelnen Staaten, wird offensichtlich, daß die Analyseeinheit so klein wie möglich sein muß. Zur Verdeutlichung des Ausmaßes der regionalen Disparitäten auch innerhalb eines Staates seien hier zwei Beispiele³ genannt: In allen untersuchten Ländern sind die Unterschiede im Wohlstand zwischen den einzelnen Regionen dramatisch. Am signifikantesten jedoch wohl im wiedervereinten Deutschland und in Italien. So erwirtschaftete Hamburg, die reichste deutsche Region, zwischen 1989 und 1991 im Durchschnitt pro Kopf ein Bruttosozialprodukt von 195 Einheiten, das damit das 6.5-fache des entsprechenden Wertes in Thüringen (30) erreichte. In Italien beträgt der Faktor um den die wohlhabendste Region, die Lombardei, in der 135 Einheiten erwirtschaftet wurden, reicher ist als die ärmste Region, Calabrien, wo der entsprechende Wert bei 58 liegt, 2.3.

In der Forschung sind zwei unterschiedliche Kategorien der Untersuchungseinheit Region gängig. Im Jargon der Europäischen Kommission, genauer des Ausschusses der Regionen, lauten die entsprechenden Bezeichnungen NUTS I bzw. II. Die Einheit auf dem NUTS I-Niveau entspricht für die Bundesrepublik den Regierungsbezirken. In den anderen europäischen Staaten

hat man versucht, territoriale Einheiten ähnlicher Größe zu bilden. Die in der vorliegenden Untersuchung verwandte Einheit ist das NUTS II-Niveau. Hier bilden die Bundesländer die Basis für Regionen in der Bundesrepublik. Diese Einteilung drängt sich auf für alle traditionell föderalistischen Länder oder gar jene Länder, in denen unterschiedliche Ethnien in unterschiedlichen Regionen zu Hause sind, wie dies etwa in Belgien der Fall ist. Für die eher zentralistisch geprägten Staaten hat der europäische Strukturfond eine vergleichbare Ebene eingerichtet. Die Grenzen zwischen den Regionen Europas erinnern zwar zum Teil an die Grenzziehung der Kolonialherren in Afrika, sind aber doch darauf ausgerichtet, ökonomische und administrative Kontinuität zu wahren.

In den Kategorien von Przeworski und Teune (1970) handelt es sich demnach bei dieser Untersuchung um ein „Most Different Systems Design,,. Essentiell für die Einordnung eines Forschungsdesigns in die Kategorie „Most Different,, ist die Zielsetzung der Untersuchung. Nach Przeworski und Teune ist es das „Most Different Systems Design,, „[that] centers on eliminating irrelevant systemic factors,, (1970, 35). Genau dies soll das vorliegende Design leisten. Ich beginne mit einem Test des Einflusses vielversprechender kultureller Variablen und nähere mich im Verlauf des Auswahlprozesses erklärungsmächtiger Variablen einem exogenen Wachstumsmodell, das fast ausschließlich mit makroökonomischen Variablen arbeitet.

Die verwandten Daten entstammen, wie erwähnt, den Eurobarometerbefragungen. Der „Eurobarometer,, ist eine periodische Erhebung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Regelmäßig wiederkehrender Bestandteil des Fragenkatalogs sind darin Fragen, die den Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung des Integrationsprozesses innerhalb der EU in den Mitgliedsstaaten ausloten sollen. Daneben ist fester Bestandteil jeder quartalsweise erhobenen Befragung die Inglehartsche Batterie von Fragen, mittels derer die Befragten als Materialisten bzw. Postmaterialisten identifiziert werden. Auf dem aggre-

3 Siehe Appendix zu den Zahlen zum BSP pro Kopf in den Regionen Europas.

gierten Level lassen sich dann ganze Nationen bezüglich dieses vermeintlichen Ausschnittes ihrer politischen Kultur einordnen. Ein weiterer regelmäßig wiederkehrender Bestandteil des Fragenkataloges sind Fragen nach dem Informationsverhalten der Befragten. Jede Befragungsrunde fokussiert neben den regelmäßigen Bestandteilen ein oder mehrere besonders brisante, ganz unterschiedliche, aktuelle Themen wie z.B. Einstellungen zum europäischen Krebsprogramm oder Konsumgewohnheiten der EU-Bürger.

Der in dieser Studie verwendete Datensatz entstand durch Befragungen im Oktober und November 1995. Insgesamt wurden 16641 Personen in den 15 Ländern der Union befragt. Durch gezielte Auswahl der Befragten und entsprechendes Gewichten entstand ein Datensatz, der repräsentative Informationen über die Befragten in allen Ländern und Regionen liefert. Für den Zweck der vorliegenden Untersuchungen wurden Mittelwerte der Antworten der Befragten gebildet, so daß zu jeder Variablen ein Wert pro Region entstand. Der Datensatz besteht insgesamt aus ca. 100 Variablen. Aus dieser Fülle von Informationen wurden diejenigen Variablen ausgewählt, die Ausschnitte des zugrundeliegenden Konstrukts von politischer Kultur ausloten.

Aus diesen Variablen, die im weitesten Sinne mit politischer Kultur zu tun haben, wurden insgesamt fünf Indizes gebildet, die den am weitesten verbreiteten Maßen von politischer Kultur entsprechen. Diese Variablen sind im einzelnen: erstens, EDUC, die Zahl der Jahre, die die Befragten mit formeller Ausbildung verbracht haben; zweitens INFOINDEX, ein Index der durch die Multiplikation der Zahl der verwendeten Quellen bei der Information über politisches, wirtschaftliches und kulturelles Tagesgeschehen entsteht. Als Informationsquellen wurden den Befragten die gängigsten Nachrichtensendungen im Fernsehen sowie Tages- und Wochenzeitungen angeboten. Diese Variable nimmt Werte von 348 bis 790 an. Eine dritte Variable ist LEFTRIGHT. Zu ihrer Konstruktion wurden die Befragten gebeten, ihre politische Position auf ei-

ner Skala von 1=links bis rechts=4 einzuordnen⁴. Eine vierte ist CALVM2. Diese Variable, die Inglehart in allen seinen Studien zum Thema verwendet, besteht aus dem prozentualen Anteil der Protestanten an der jeweiligen Bevölkerung. Schließlich ist die fünfte Variable CULTURE. Mit dieser Variablen werden gleichzeitig zwei Bestandteile der politischen Kultur gemessen, zum einen interpersonales Vertrauen, zum anderen „participatory civiness“, im Jargon von Almond und Verba (1963). Die Variable ist konstruiert, indem die Angaben der Befragten, wie oft sie politische Dinge im privaten Umfeld diskutierten und wie oft sie Freunde von den eigenen politischen Ansichten zu überzeugen suchten, miteinander multipliziert wurden. Die ursprünglichen Angaben waren kodiert mit 0=niemals bis 4=sehr häufig, was für CULTURE Werte zwischen 0 und 16 ergibt. Diese fünf Variablen bilden den Kreis der nicht ökonomischen unabhängigen Variablen. Von allen fünf Variablen wird vermutet, daß sie einen positiven Einfluß auf das Wirtschaftswachstum, die abhängige Variable, besitzen.

Abhängige Variable ist das Wirtschaftswachstum, DBIP. DBIP gibt das prozentuale Wachstum der regionalen Ökonomien zwischen 1989 und 1993 wieder. Es wurde absichtlich das Wachstum über einen mehrere Jahre umspannenden Zeitraum gewählt, um den Einfluß eventueller kurzfristiger Konjunkturschwankungen zu minimieren. Die Daten zu DBIP entstammen Publikationen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Wie die Präsentation der Ergebnisse im nächsten Kapitel zeigen wird, war es weder in bi- noch multivariaten Modellen möglich, einen signifikanten Einfluß der kulturellen Variablen auf das Wirtschaftswachstum auszumachen. Somit wurde es nötig, sukzessive ein alternatives endogenes Wachstumsmodell

4 Zu den besonderen Schwierigkeiten beim internationalen Vergleich solcher rechts-links Kontinua siehe Huber und Inglehart (1995). Da die Variable keinen Beitrag zur Erklärung des hier untersuchten Phänomens leistet, soll auf diese Problematik hier nicht weiter eingegangen werden.

zu entwickeln, das mit makroökonomischen Variablen arbeitet. Die getesteten ökonomischen unabhängigen Variablen sind: erstens $\ln BIP$, das logarythmierte Brutto sozialprodukt pro Kopf in der entsprechenden Region, also das Wohlstandsniveau in der Vorperiode des untersuchten Zeitraums, zweitens GOV , die Staatsquote, das heißt der prozentuale Anteil der Verwendung des Bruttoinlandsproduktes, der nicht auf privaten Konsum und Investition entfällt ohne Sozialausgaben des Staates. Hierbei ist elementar, daß die Sozialausgaben ausgeklammert werden, da ansonsten das Durchschnittsalter der Bevölkerung, bzw. der Anteil der Rentenempfänger an der jeweiligen Bevölkerung, einen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum erhält. Eine dritte Variable, $EXPORT$, gibt den prozentualen Anteil der Exporte am Gesamtvolumen der Wirtschaft an. Die vierte Variable, INV , ergibt sich als prozentualer Anteil der Investitionen an der gesamten Bilanz. Fünftens wurde ein Interaktionseffekt zwischen $\ln BIP$ und GOV festgestellt, der im nächsten Kapitel näher erläutert werden soll. Aus diesem Grunde wurde die sechste Variable, $\ln BIP GOV$, das Produkt der beiden, als weitere unabhängige Variable geschaffen. Als siebte unabhängige Variable enthält das abschließende Modell noch eine Dummy Variable, die den Wert 1 für die vier griechischen Regionen annimmt und 0 für alle übrigen. Es war nicht möglich, genau zu eruieren, worin der griechische Ausreißerstatus begründet ist. Es scheint aber in vergleichenden Untersuchungen zu unterschiedlichsten Fragen der Politikwissenschaft so zu sein, daß Griechenland sich regelmäßig nicht „europäisch,, verhält, also schlichtweg nicht in eine komparative Untersuchung der Regionen Europas aufgenommen werden kann. Wie die Diskussion der Ergebnisse zeigen wird, sind die genannten makroökonomischen Variablen alle hochsignifikant.

Mit geringerem Erfolg wurde noch eine Reihe anderer Variablen getestet, ob sie einen Beitrag zur Erklärung von Wirtschaftswachstum leisten konnten oder schlicht und ergreifend den Anteil der durch das Modell erklärten Varianz erhöhten. Diese Variablen sind: $TERTIÄR$, der prozentuale Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe, $UNEMP$, die Arbeitslosenquote,

PRIMAER, der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft und SECUND, der entsprechende Anteil der Beschäftigten in der Industrie.

Um die im ersten Abschnitt dieses Kapitels formulierten Hypothesen zu testen, verwende ich eine *Ordinary Least Squares (OLS) Regression Analysis*, zu deutsch, eine Regressionsanalyse nach der Methode der kleinsten Quadrate. In einem ersten Abschnitt wird in bivariaten Analysen eruiert, welche Variablen einen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum besitzen, in einem zweiten Abschnitt wird dann versucht, diejenigen Variablen, die am erfolgversprechendsten wirken, zu einem Modell zusammenzusetzen, das in seiner endgültigen Form lautet:

$$\begin{aligned} DBIP_{89.92} = & INV \cdot x_1 + EXPORT \cdot x_2 + \ln BIP \cdot x_3 + INFOINDEX \cdot x_4 \\ & + GOV \cdot x_5 + \ln BIPGOV \cdot x_6 + DUMMY \cdot x_7 + \varepsilon \end{aligned} \quad (1)$$

Schließlich wird das Modell auf eine Verletzung der Homoskedastizität hin geprüft.

KAPITEL 4

Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung dargestellt. Zunächst sollen der Erklärungswert der einzelnen Variablen bivariat und anschließend multivariat getestet werden. Einige regionale Auffälligkeiten werden diskutiert. Besonderes Augenmerk wird dann dem Interaktionseffekt zwischen Wohlstandsniveau und Staatsquote geschenkt, bevor schließlich das abschließende Wachstumsmodell präsentiert und auf Heteroskedastizität geprüft wird.

4.1. Bivariate Ergebnisse

Die folgende Tabelle I gibt den Einfluß der einzelnen unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable Wirtschaftswachstum, DBIP wieder. Angegeben sind neben dem Parameter der t-Wert und die Wurzel der erklärten Varianz.

Variable	Wert	t-value	R
CULTURE	-0.010	-1.337	0.186
EDUC	-0.002	-0.600	0.550
INFOINDEX	-0.008	-0.940	0.351
CALVM2	-2.784	-0.120	0.905
SECUND	0.123	1.554	0.125
LEFTRIGHT	-0.012	-0.453	0.655
LnBIP***	-3.912	-2.658	0.010
EXPORT**	6.581	2.034	0.046
GOV	-0.003	-1.128	0.264
PRIMAER	0.103	1.087	0.281
INV	0.001	0.652	0.517

Tab. I. Bivariater Einfluß der unabhängigen Variablen

Um das Ergebnis der Analyse des bivariaten Einflusses der einzelnen Variablen vorwegzunehmen, kann man zusammenfassend sagen, daß nur zwei der

Variablen, lnBIP und EXPORT für sich genommen stark signifikant sind. Die nicht-ökonomischen Variablen erklären kaum nennenswerte Anteile an der Varianz und sind zudem in ihrem Einfluß insignifikant. Es verbleibt in der bivariaten Analyse, die Vorzeichen zu interpretieren.

CULTURE, die Mastervariable beim Test der Hypothese, ist ein Index, welcher politisches Interesse, interpersonales Vertrauen und horizontale Bindungen mißt. Von dieser Variablen wurde ursprünglich angenommen, daß sie einen starken positiven Einfluß auf das Wirtschaftswachstum besitzt. Dies kann nicht bestätigt werden, der Einfluß ist sogar, ganz entgegen der Vermutung, negativ, wenngleich kaum signifikant.

Noch weniger signifikant und ebenfalls mit negativem Vorzeichen versehen ist der Einfluß der Variable EDUC. EDUC gibt die Zahl der Jahre wieder, die die Befragten mit formaler Bildung verbracht haben. Ursprünglich war hier ein positiver Zusammenhang zu wirtschaftlichem Wachstum vermutet worden. Dieses Ergebnis stimmt nicht mit dem der Forschung von Barro (1997) überein, der zunächst einen positiven Zusammenhang von Bildung und Wirtschaftswachstum feststellt, dann aber einen Interaktionseffekt von Bildung und Wohlstandsniveau erkennt. In Ländern mit niedrigem Wohlstandsniveau, gemessen in BIP pro Kopf, hat Bildung einen positiven Einfluß auf das Wirtschaftswachstum, in reicheren Ländern hingegen bremst Bildung das Wachstum. Hier läßt sich argumentieren, daß lediglich ein bestimmtes Maß an Bildung für ökonomisches Wachstum nötig ist. Ist dieses Niveau einmal erreicht, stiftet eine zusätzliche Einheit an Bildung, insbesondere gemessen als Jahre, die die Befragten mit formaler Bildung verbringen, kein weiteres Wirtschaftswachstum.

Putnam (1994) findet in seiner Untersuchung der politischen Kultur der Regionen Italiens heraus, daß eine gut informierte Bevölkerung eine sichere Garantie für rascheres Wirtschaftswachstum darstellt als es sich in Regionen mit einer schlechter informierten Bevölkerung findet. Auch diese Hypothese läßt sich anhand dieser Ergebnissen nicht bestätigen. Die Variable

INFOINDEX zählt die Informationsquellen, die die Befragten nutzen. Unterstellt wird, daß diejenigen, die besonders viele Quellen zu Rate ziehen auch besonders gut informiert seien⁵. Nach der zugrundeliegenden Theorie müßten die Ökonomien jener Regionen nun am schnellsten wachsen, in denen die durchschnittlich am besten informierten Individuen zu finden sind. Dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil, die Variable ist sogar mit einem negativen Vorzeichen versehen. Der Einfluß ist zwar so schwach, daß er insignifikant ist. Dennoch bleibt festzuhalten, daß eine gut informierte Bevölkerung, wenn denn der Grad der Informiertheit einen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum besäße, das Wachstum ihrer Ökonomie eher hemmt als daß es dieses fördert. Wobei ein Blick auf Tab. I zeigt, daß der Koeffizient zu EDUC verschwindend gering ist und der Einfluß der Variable insignifikant bleibt.

Da sowohl Inglehart, Granato und Leblang als auch Jackman und Miller den Einfluß der dominierenden Religion in einer Gesellschaft auf das jeweilige Wirtschaftswachstum untersuchen, habe ich den gleichen Versuch für die Regionen Europas unternommen. CALVM2 gibt den prozentualen Anteil der Protestanten an der gesamten Bevölkerung einer Region wieder. Fast erleichtert sieht man, daß der Anteil der Protestanten an der Bevölkerung der einzelnen Regionen tatsächlich keinerlei Einfluß auf das Wirtschaftswachstum besitzt. Spätestens an diesem Punkt scheint es angemessen, endgültig Max Webers These von der protestantischen Ethik, die sich wie ein roter, aber eigentlich sehr blasser, Faden durch die gesamte Literatur zu politischer Kultur zieht zu beerdigen. Wenn die Religion einen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum hätte, wäre dieser sogar entgegengesetzt zur vermuteten Richtung. Es sind ja gerade jene Regionen Südeuropas, in denen schlicht und ergreifend keine Protestanten leben, deren Ökonomien am schnellsten wachsen.

5 Natürlich ist diese Unterstellung gewagt, da sie nicht zwischen Quantität und Qualität der Quellen unterscheidet.

Die Variable SECUND gibt die prozentuale Quote der Beschäftigten im sekundären Sektor an. Marks et al. (1996) nutzen diese Variable als Proxy für jene Eigenschaft einer Gesellschaft, die Putnam „dense horizontal networks,“ nennt. Dabei lautet die Hypothese, daß jene Gesellschaften über eine schnell wachsende Wirtschaft verfügen, deren Mitglieder in hoher Zahl horizontal organisierten Gruppen angehören und somit im partizipativen Umgang mit Macht geübt sind. Im Aggregat spricht man dann im Falle einer solchermaßen geprägte Gesellschaft von partizipativer politischer Kultur, wie sie sich eben durch die Teilnahmeentscheidung an solchen horizontalen Netzwerken manifestiert. Diese Teilnahmeentscheidung gilt dann auch für das gesamte gesellschaftliche und politische Leben. Im weiteren postuliert Putnam, daß eine solche politische Kultur die entsprechende Wirtschaft schneller wachsen läßt. Da nun laut Marks et al. (1996) die Quote der in der Industrie Beschäftigten hochsignifikant mit „dense horizontal networks,“ korreliert, wird aus SECUND, einer Variablen, die zunächst wie eine wirtschaftliche Strukturvariable wirkt, eine Kulturvariable. SECUND verfehlt ebenfalls den Test ihrer Signifikanz knapp. Das Vorzeichen jedoch deutet in die erwartete Richtung. Ein Anstieg der Quote der Beschäftigten im sekundären Sektor führt zu einem Wachstum der Wirtschaft. Dieses Resultat sollte man genau so interpretieren, wie es formuliert ist. Der Umweg über die Dichte der horizontalen Netzwerke erscheint angesichts der Insignifikanz aller übrigen Kulturvariablen nicht sinnvoll. Es sind die Ökonomien der agrarisch und industriell geprägten Regionen mit niedrigerem Wohlstandsniveau, die im Rahmen einer Konvergenzentwicklung schneller wachsen als die tertiärisierten wohlhabenden Regionen.

Auch LEFTRIGHT, ein Index, auf dem die Befragten ihre politische Haltung auf einer vierstufigen Skala von links nach rechts einordnen, verfehlt die Prüfung der Signifikanz. Interessant ist jedoch, daß das Vorzeichen negativ ist. Das bedeutet, daß die Wirtschaft von Regionen, deren Bevölkerung sich mehrheitlich politisch eher rechts der Mitte verortet, schneller wachsen als die Wirtschaften von Regionen mit eher liberaler oder sozialistischer Bevölkerung.

Im folgenden sollen diejenigen Variablen diskutiert werden, die, hinsichtlich ihrer Erklärungsmacht, vielversprechender erscheinen als die diskutierten kulturellen Variablen. LnBIP, das Wohlstandsniveau einer Region, gemessen als logarhythmisiertes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, ist hochsignifikant. Dieses Resultat deckt sich mit neoklassischer Wachstumstheorie, die besagt, daß, entsprechend der Konvergenzthese, weniger wohlhabende Regionen nach der „take off,-Phase in ihrer Entwicklung schnell wachsen. Dieses Wirtschaftswachstum verlangsamt sich stetig mit wachsendem Wohlstandsniveau, bis schließlich ein Sättigungspunkt erreicht wird, an dem das Wirtschaftswachstum stagniert. So einleuchtend diese These zunächst für die Überwindung von Unterschieden im Entwicklungsstand der Regionen weltweit scheint, so eingeschränkt ist sie in ihrer Erklärungskraft. Wirtschaftswachstum läßt sich nicht solchermaßen monokausal erklären. Vielmehr müssen die weiteren Variablen kontrolliert werden.

Eine weitere Variable mit signifikantem Einfluß auf das Wirtschaftswachstum ist die Exportquote einer Region. Je mehr eine Region für den Export produziert, um so wahrscheinlicher ist ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum. Es wurde bewußt die Variable EXPORT verwendet und nicht etwa eine „openness,, oder Globalisierungsvariable, die Ex- und Importe aggregiert und durch das gesamte BIP dividiert, da nach dieser Methode langsam wachsende Regionen wie Ostdeutschland aufgrund der Bereitschaft der dortigen Konsumenten zum Kauf ausländischer Güter hohe Werte erzielen, dabei aber umgekehrt nicht in gleichem Maß als Anbieter auf internationalen Märkten in Erscheinung treten und folglich eine negative Handelsbilanz erwirtschaften.

Mißt man den Einfluß der Staatsquote auf das Wirtschaftswachstum in einer bivariaten Regression, ist ihr Einfluß insignifikant. Die Richtung ist jedoch, wie vermutet, negativ. Das bedeutet, daß solche Regionen, in denen der Anteil an der Verwendung der Mittel, die nicht für privaten Konsum oder Investitionen verwendet werden, hoch ist, tendenziell langsamer wachsen, als die Ökonomien mit geringerer Staatsquote. Auch dieses Resultat deckt sich mit der

neoklassischen Wachstumstheorie. Aus neoklassischer Perspektive erlauben sich Staaten, die ein komfortables Wohlstandsniveau erreicht haben, einen extensiveren Staat als Länder am Beginn eines Wachstumszyklus. Die Logik, die hier zum tragen kommt, ist die, daß Ökonomien zu Beginn einer Wachstumsphase Mittel auf effiziente Weise, nämlich privat, einsetzen, sich dann aber im Verlaufe der Entwicklung selber dieses Erfolgsfaktors berauben, indem sie eine höhere Staatsquote und somit eine suboptimale Allokation der Mittel zulassen, was das Wachstum schließlich hemmt bzw. zum Erliegen bringt (Olson [1982] 1985).

Auch der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft, PRIMAER, hat einen schwach positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Hier sei aber vor voreiligen Schlüssen gewarnt. Die Maxime kann nicht lauten „Zerstöre Industrie und Dienstleistungssektor und Deine Wirtschaft wächst!,,. Vielmehr mißt PRIMAER nicht nur die Bedeutung des dritten Sektors für die Ökonomie sondern auch indirekt den Entwicklungsstand einer Wirtschaft. Eine Betonung des dritten Sektors findet sich typischerweise in Ökonomien zu Beginn einer Wachstumsphase, in der das Wachstum bekanntlich rascher stattfindet als in späteren Phasen. Diese spätere Phase ist dann mit langsamerem Wachstum und Modernisierung, bzw. Tertiärisierung der Wirtschaft verbunden.

Der Einfluß einer letzten wirtschaftlichen Strukturvariable, INV, der Anteil der für Investitionen verwendeten Mittel, ist ebenfalls positiv. Auch hier greift die neo-klassische Wirtschaftstheorie. Mittel, die nicht durch den Staat allokiert, sondern von privaten Wirtschaftssubjekten investiert werden, werden ihr zufolge grundsätzlich effizienter und somit wachstumsfreundlicher verwendet.

Im Appendix dieser Arbeit findet sich eine Tabelle, die die Bestimmtheitsmaße des Einflusses der einzelnen Variablen aufeinander wiedergibt. Besondere Aufmerksamkeit soll denjenigen Variablen, die im weitesten Sinne Kultur messen, sowie den signifikanteren wirtschaftlichen Strukturvariablen geschenkt werden. Der Informationsindex und die Mastervariable, CULTURE,

loten unterschiedliche Dimensionen des selben Phänomens aus. Im ersten Fall wird das Informationsverhalten gemessen, im zweiten der Umgang mit dieser Information im Rahmen der Diskussion politischer Belange im privaten Umfeld. Der Zusammenhang der beiden Variablen ist, wie erwartet, positiv. Auch Bildung, in Form der Variable EDUC, besitzt einen positiven Zusammenhang mit dem Grad der Information, die die Befragten sich verschaffen. Auch hier deutet das Vorzeichen in die erwartete Richtung. Das gleiche gilt für den Zusammenhang zwischen Bildung und CULTURE. Akzeptiert man die Inglehart'sche These, daß höhere Bildungsniveaus einen positiven Einfluß auf die Entwicklung postmaterieller Werte besitzen und daß weiterhin CULTURE zumindest einen Bestandteil von „Postmaterialismus,, mißt, ließe sich durch dieses Resultat Ingleharts These vorläufig bestätigen.

Widerlegt werden die Hypothesen von Marks et al. (1996), die behaupten, daß die Quote der Beschäftigten, im industriellen Sektor, SECUND mit dem, was Putnam (1994) „dense horizontal networks,, nennt, hochsignifikant korreliert. Wäre dies der Fall, müßte sich ein positiver Zusammenhang zwischen SECUND und den „echten,, Kulturvariablen finden lassen. Tatsächlich ist dies aber nicht der Fall. Im Gegenteil, das Vorzeichen, das dem bivariaten Einfluß von SECUND vorangeht, ist für sämtliche Kulturvariablen, INFOINDEX, LEFTRIGHT, CULTURE und EDUC, negativ. Der Vollständigkeit halber sei noch die „quasi-Kulturvariable,, CALVM2, die Quote der Protestanten an der Bevölkerung einer Region, diskutiert. Protestanten stehen eher politisch rechts der Mitte. Ansonsten lassen sich doch kaum Aussagen über protestantische Kultur machen. Die Kulturvariablen haben samt und sonders einen positiven Einfluß auf CALVM2. Entscheidend sind aber die wirtschaftlichen Strukturdaten. Die protestantischen Regionen innerhalb der EU sind die wohlhabenderen aber langsamer wachsenden Regionen Nordeuropas, deren Ökonomien in höherem Maße tertiärisiert sind als die ärmeren, schneller wachsenden Regionen Südeuropas, in denen Landwirtschaft und Industrie noch eine erhebliche Rolle spielen. Es sei vor einem voreiligen, jedoch zu-

nächst naheliegenden Schluß gewarnt, daß die Konfession einen ursächlichen Einfluß auf die wirtschaftliche Struktur besitze. Es handelt sich hierbei vielmehr um einen klassischen Fall einer Scheinkorrelation.

Bei der Betrachtung des gegenseitigen Einflusses der wirtschaftlichen Strukturvariablen sticht zunächst ins Auge, daß der Grad der Tertiärisierung einer Ökonomie einen positiven Einfluß auf die Exportquote besitzt. Die Anteile der Beschäftigten in Industrie und Landwirtschaft hingegen hemmen die Exportneigung der Ökonomien. Dies bedeutet aber keineswegs, daß die auf den internationalen Märkten gehandelten Güter vornehmlich dem dritten Sektor entstammen. Vielmehr scheint eine plausible Erklärung zu sein, daß diejenigen Ökonomien, die sich durch eine besondere Wettbewerbsfähigkeit, unbeachtet des Sektors, auf den Weltmärkten auszeichnen, über eine höhere Zahl an Beschäftigten im Dienstleistungssektor verfügen.

Kaum überraschend ist, daß der Anteil des Bruttosozialproduktes, der in einem Sektor erwirtschaftet wird, einen negativen Einfluß auf die Quoten in den jeweils anderen Sektoren besitzt. Da die Mittel in einer Gesellschaft nicht gleichzeitig privat investiert und in die Staatsquote fallen können, die Variablen einander somit ausschließen, überrascht auch hier der negative Zusammenhang wenig.

4.2. Multivariate Ergebnisse

Dieser Abschnitt entwickelt sukzessive eine Reihe von Wachstumsmodellen. Die ersten, weniger komplexen Modelle testen den Einfluß der kulturellen Variablen auf das Wirtschaftswachstum einer Region. In einem zweiten Schritt werden erklärungs mächtigere, ökonomische Variablen eingeführt, die schließlich die kulturellen Variablen ganz ersetzen, bis ein rein ökonomisches, endogenes Wachstumsmodell präsentiert wird.

Das erste Modell verwendet ausschließlich die kulturellen Variablen INFOINDEX, CULTURE und EDUC als unabhängige Variablen. Das Modell besitzt die folgende Form:

$$\Delta BIP_{89 \rightarrow 92} = \alpha + \beta_1 \cdot CULTURE + \beta_2 \cdot INFOINDEX + \beta_3 \cdot EDUC + \varepsilon \quad (2)$$

Variable	Value	Error	t-Value	Prob > t
Y-Abschnitt	9.31	6.21	1.50	0.138
INFOINDEX	0.01	0.01	0.90	0.370
CULTURE	-0.01	0.01	-0.62	0.535
EDUC	-0.01	0.01	-0.91	0.368
Adj. R-Square: 0.0159				

Tab. 2: Modell 1, Kulturvariable

Tabelle 2 gibt die Ergebnisse der Regressionsanalyse wieder. Keine der unabhängigen Variablen besitzt einen signifikanten Einfluß auf die abhängige Variable, Wirtschaftswachstum. Der Erklärungswert jener Variablen, die politische Kultur messen, der schon in der bivariaten Analyse äußerst dürftig war, ist auch im komplexeren multivariaten Modell gering. Das gesamte Modell erklärt nur etwas weniger als 2% der Varianz. Was bleibt ist die Interpretation der Vorzeichen. Sowohl die Mastervariable, CULTURE, als auch EDUC, das Bildungsniveau, sind, entgegen der Erwartung, mit einem negativen Vorzeichen versehen. Der Grad der Informiertheit der Bevölkerung hat einen, allerdings insignifikant geringen, fördernden Einfluß auf das Wirtschaftswachstum. Spätestens an diesem Punkt scheint es angebracht, von dem Versuch, allein mit politischer Kultur Wirtschaftswachstum zu erklären, Abstand zu nehmen. Die Hypothese, daß die Wirtschaft von Regionen, die über eine sophistische, kommunitaristische politische Kultur verfügen, schneller wächst als die Wirtschaft in „primitiveren“, Regionen, läßt sich nicht bestätigen. Keine der, in der politischen Kultur beheimateten, Variablen besitzt Erklärungswert. Es erscheint darum nötig, auf wirtschaftliche Variablen zurückzugreifen. Modell II tut dies, indem Wohlstandsniveau und Exportquote in das Kulturmodell inkor-

poriert werden, jedoch auf die Kulturvariablen, mit Ausnahme des vielversprechenden INFOINDEX, verzichtet wird.

$$\Delta_{89 \rightarrow 92} BIP = \alpha + \beta_1 \cdot GOV + \beta_2 \cdot INFOINDEX + \beta_3 \cdot DUMMY + \beta_4 \cdot \ln BIP + \beta_5 \cdot EXPORT + \varepsilon \quad (3)$$

Variable	Value	Error	t-Value	Prob > t
Y-Abschnitt*****	20.746	5.672	3.658	5.442E-4
GOV	0.001	0.002	0.700	0.490
INFOINDEX**	-0.012	0.006	-2.091	0.041
DUMMY*****	10.740	1.578	6.808	<0.001
LnBIP*****	-3.974	0.985	-4.034	1.6E-4
EXPORT*****	0.001	2.526E-4	4.002	1.779E-4
Adj. R-Square: 0.51641				

Tab. III: Modell 2

Das Modell erklärt fast 52% der Varianz. Wobei auf die Einführung einer Dummy-Variablen und deren extreme Signifikanz hingewiesen werden muß. Die Dummy-Variable nimmt den Wert „1,“ für die Regionen Griechenlands an, für die anderen Regionen beträgt ihr Wert „0,“. Griechenland ist in vielerlei Hinsicht noch kein „europäisches,“ Land. Ein Vergleich mit den anderen EU-Staaten ist daher auf vielen Ebenen schwierig.

Tatsächlich mag hier die politische Kultur, die ich weiter oben für obsolet in Bezug auf das Wirtschaftswachstum erklärt habe, eine Rolle spielen. Selbst die Religion, der Glaube der griechisch-orthodoxen Kirche, könnte einen Einfluß auf den Ausreißerstatus Griechenlands, die Form seiner Wirtschaft und dessen Wachstum besitzen. Griechenland erfüllt die Bedingungen, die zu schnellem Wachstum führen, nach dieser Untersuchung. Tatsächlich wächst seine Wirtschaft zumindest im Referenzzeitraum immer noch „zu schnell,“. Die Gründe hierfür auszuloten, sollte Gegenstand einer weiteren Arbeit zum Thema sein. Zu berücksichtigen wären hier auch institutionelle Faktoren, wie z.B. Zahlungen des Strukturfonds.

Desweiteren ist aus den Ergebnissen des zweiten multivariaten Modells erneut zu entnehmen, daß der Grad der Informiertheit, entgegen dem, was Putnam (1994) herausfand, einen hemmenden Einfluß auf das Wirtschaftswachs-

tum besitzt. Der Einfluß der Staatsquote bleibt insignifikant, wohingegen sowohl die Exportquote als auch das Wohlstandsniveau einen deutlichen Einfluß auf das Wachstum besitzen dabei besitzt die Exportquote einen positiven, während ein hohes Wohlstandsniveau, so es einmal erreicht ist, einen negativen Einfluß besitzt, der weiteres Wachstum eher unwahrscheinlich werden läßt. Wie schon die bivariate Analyse gezeigt hat, deckt sich dieses Resultat mit den Postulaten der Konvergenzliteratur, insbesondere Barro (1997), die unterstellt, daß sich Wohlstandsunterschiede langfristig nivellieren.

$$\Delta_{89 \rightarrow 92} BIP = \alpha + \beta_1 \cdot \ln BIP + \beta_2 \cdot EXPORT + \beta_3 \cdot INV + \varepsilon \quad (4)$$

Variable	Value	Error	t-Value	Prob > t
Y-Achsenabschnitt	11.168	8,784	1.271	0.208
LnBIP***	-3.890	1.427	-2.726	0.009
EXPORT***	9.283E-4	3.361E-4	2.762	0.008
INV	0.003	0.002	1.429	0.158
Adj. R-Square: 0.16035				

Tab. IV: Modell 3

Das dritte Modell testet den Einfluß der vermeintlich wichtigsten makroökonomischen Variablen und läßt kulturelle Variablen unberücksichtigt. Aus dem Kreis der ökonomischen Variablen wird in Modell III auch die Investitionsquote, INV, herangezogen. Nach liberaler Wirtschaftstheorie müßte man von ihr einen signifikanten positiven Einfluß auf das Wirtschaftswachstum erwarten, da unterstellt wird, daß die Mittel, die investiert werden, zumindest der suboptimalen, weil staatlichen, Allokation entzogen sind. Das Vorzeichen zu INV ist zwar positiv, der Koeffizient allerdings mit .003 sehr gering. Darüber hinaus besteht INV den Signifikanztest nicht.

Erneut verdichtet sich, daß die Konvergenzthese, die besagt, daß weniger wohlhabende Ökonomien rasch wachsen bis zu einem gewissen Wohlstandsniveau, ab dem das Wachstum sich aber verlangsamt, bzw. zum Stillstand gelangt, bestätigt wird. Langfristig begründe dies die erfreuliche Hoffnung, daß sich die Wohlstandsniveaus der Regionen und Länder einander

weltweit auf hohem Niveau anpaßen. Auch die Exportquote besitzt in Modell III, wie schon in den früheren Modellen, ihren positiven Einfluß auf das Wirtschaftswachstum. Insgesamt erklärt das dritte Modell nur magere 16% der Varianz, allerdings sei darauf hingewiesen, daß hier die erklärungsmächtige Dummy Variable aus dem vorangegangenen Modell fehlt.

$$\Delta \underset{89 \rightarrow 92}{BIP} = \alpha + \beta_1 \cdot \ln BIPGOV + b\beta_2 \cdot GOV + \beta_3 \cdot INFOINDEX + \beta_4 \cdot DUMMY + \beta_5 \cdot \ln BIP + \beta_6 \cdot EXPORT + \beta_7 \cdot INV + \varepsilon \quad (4)$$

Variable	Value	Error	t-Value	Prob > t
Y-Achsenabschnitt	-92.36	42.727	-2.162	0.035
LnBIPGOV**	-0.011	0.005	-2.170	0.0342
GOV**	0.053	0.024	2.367	0.021
INFOINDEX****	-0.021	0.005	-3.000	1.861E-4
DUMMY****	10.418	1.358	7.671	<0.0001
LnBIP*	16.857	9.371	1.799	0.077
EXPORT****	0.002	2.788E-4	6.086	<0.0001
INV****	0.007	0.002	4.294	<0.0001
Adj. R-Square: 0.64261				

Tab. V: Modell 4

Modell IV, das abschließende, komplexeste Modell berücksichtigt aus dem Kreise der Variablen der politischen Kultur wiederum ausschließlich den INFOINDEX, die schon erläuterten makroökonomischen Variablen und kontrolliert einen Interaktionseffekt zwischen Staatsquote und Wohlstandsniveau, die Variable lnBIPGOV, das Produkt aus lnBIP und GOV.

Alle Variablen sind mit dem erwarteten Vorzeichen versehen und sind signifikant. Exportquote, wie auch Investitionsquote machen wirtschaftliches Wachstum wahrscheinlicher. Die letzte verbleibende Kulturvariable, der INFOINDEX, hat wiederum einen negativen Einfluß auf das Wachstum. Konvergenz findet in der beschriebenen Form statt. Neu ist jedoch in diesem Modell der Interaktionseffekt von Wohlstandsniveau und Staatsquote. Hat die Staatsquote, für sich allein genommen, einen positiven Einfluß, so dreht sich das Vorzeichen um, sofern man zusätzlich für lnBIP kontrolliert. Dies heißt, daß eine hohe Staatsquote in ärmeren Gesellschaften durchaus das Wirt-

schaftswachstum beschleunigen kann. Hat die Ökonomie dann ein gewisses Niveau erreicht, leistet sie sich eine höhere Staatsquote. Zeitgleich verlangsamt sich das Wachstum, bis es schließlich gänzlich zum Erliegen kommt.

Zwei Erklärungen konkurrieren jedoch grundsätzlich. Erstens könnte die Staatsquote wachsen, weil es notwendig wird, die relativen Verlierer des sich abschwächenden Wachstums zu kompensieren und eine staatliche Nachfrage die zurückgehende private ersetzen muß. Die konkurrierende Hypothese besagt, daß eine wachsende Ökonomie im Rahmen ihres Lebenszyklus einen Dinosauriereffekt erlebt. Zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung stützt sich das rasante Wachstum auf private unternehmerische Initiative. Im Verlaufe des Wachstumsprozesses, während dessen immer mehr Wohlstand akkumuliert wird, werden die Wirtschaftssubjekte träger und leisten sich den Luxus eines großen Staates, der schließlich immer größere Anteile des gesamten Wohlstandes verschlingt. Schließlich stirbt der Dinosaurier an der eigenen Größe und Inflexibilität. Es gelingt nicht, mit diesem Modell eine solchermaßen hergeleitete Hypothesen zu testen.

Abschließend soll noch das Problem der Heteroskedastizität angesprochen werden. Das Modell könnte unter Heteroskedastizität leiden. Darunter versteht man die systematische Verteilung der ε -terme. Der unerklärte Teil der Varianz findet sich in eben diesem Term. Im Falle des Vorliegens von Heteroskedastizität liegen diese Terme gehäuft an einem Ort. Dies ist ein Zeichen dafür, daß im Modell zumindest eine relevante Variable fehlt. Um dies zu prüfen wurde ein „All Clear Plot,, in dem die geschätzten Werte gegen die beobachteten Werte geplottet sind, erstellt. Wie sich zeigt, ist das Modell homoskedastisch. Es besteht kein systematischer Zusammenhang zwischen den Schätzwerten und den standardisierten Residuen. Das Modell besteht die Signifikanztests, den Test auf Heteroskedastizität und erklärt mit 64% einen bemerkenswert hohen Anteil der Varianz.

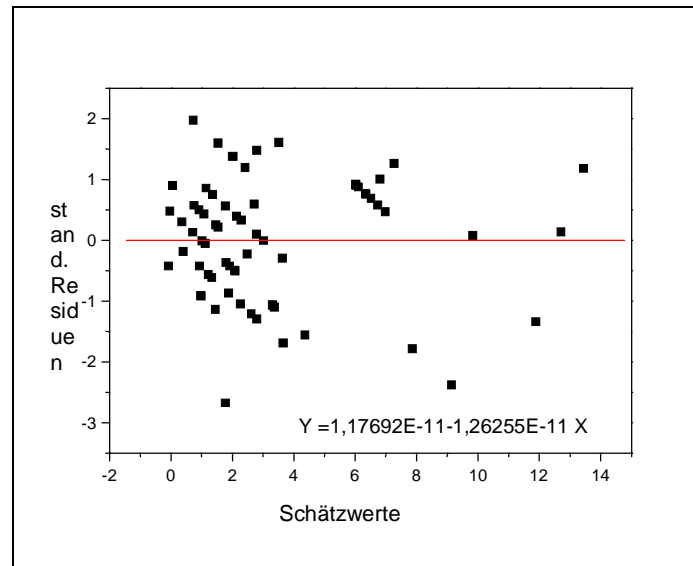


Abbildung 1: All Clear Plot

Um noch einmal auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, ob die Inkorporation kultureller Variablen in ein neoklassisches Wachstumsmodell eine Verbesserung der Erklärungsmacht solcher Modelle bedeute, sei hier noch Modell V angeführt. Modell V besteht aus den selben Variablen wie das vorangegangene Modell IV. Allerdings kommen hier noch die beiden anderen insignifikanten Kulturvariablen EDUC und die Mastervariable CULTURE hinzu. Wie man Tab. VI entnimmt, erhöht sich tatsächlich der Anteil der erklärten Varianz etwas. Da jedoch beide „neuen,, Kulturvariablen den Signifikanztest nicht bestehen, ehemals erklärungs mächtige Variablen weniger signifikant werden und das Modell nur marginal mehr erklärt und dies bei einer deutlichen Steigerung seiner Komplexität, soll Modell V ausschließlich der Illustration dienen, daß kulturelle Variablen eventuell eine Rolle spielen bei der Erklärung ökonomischen Wachstums, sie aber in der hier operationalisierten Form vernachlässigenswert bleiben.

$$DBIP = \alpha + \beta_1 \cdot \ln BIPGOV + \beta_2 \cdot GOV + \beta_3 \cdot INFOINDEX + \beta_4 \cdot DUMMY + \beta_5 \cdot \ln BIP + \beta_6 \cdot EXPORT + \beta_7 \cdot INV + \beta_8 \cdot CULTURE + \beta_9 \cdot EDUC + \varepsilon \quad (5)$$

Variable	Value	Error	t-Value	Prob>[t]
y-intercept	-67.021	45.494	-1.473	0.146
lnBIPGOV	-0.007	0.005	-1.354	0.181
GOV	0.038	0.025	1.533	0.131
INFOINDEX****	-0.027	0.006	-4.220	<0.001
DUMMY****	10.699	1.371	7.801	<0.001
LnBIP	10.114	10.276	0.984	0.330
EXPORT****	0.002	2E-4	5.719	<0.001
INV****	0.008	0.002	4.582	<0.001
CULTURE	0.004	0.005	0.826	0.413
EDUC	0.003	0.002	1.230	0.224
Adj. R-Square: 0.6466				

Tab. VI:Modell 5

KAPITEL 5

Konklusion

Die vorliegende Arbeit hat geprüft, ob politische Kultur zurecht als Gegenstand der politikwissenschaftlichen Forschung wiederentdeckt worden ist. Die Arbeitsdefinition von politischer Kultur umfaßte verschiedene Elemente individueller Werthaltungen, die im Aggregat die politische Kultur einer Gesellschaft ergeben. Bei diesen Werthaltungen handelt es sich um Einschätzungen bezüglich der eigenen Person in der Gemeinschaft und der anderer Individuen sowie den Grad der Politisierung einer Gesellschaft und die Partizipationsbereitschaft des einzelnen.

Die weit verbreitete Theorie geht davon aus, daß eine Gesellschaft dann eine erfolgreiche, rasch wachsende Ökonomie besitzt, wenn neben den Standardparametern der neoklassischen Wachstumstheorie gewisse soziale und psychologische Voraussetzungen nicht-ökonomischer Art gegeben sind. Neoklassische Standardparameter, mit denen die Wissenschaft wirtschaftliches Wachstum oder dessen Ausbleiben erklärt sind im wesentlichen die folgenden: Erstens macht eine hohe Sparquote Investitionen möglich, die ihrerseits das wirtschaftliche Wachstum beflügeln. Dagegen hemmt zweitens ein rasches Wachstum der Bevölkerung das Wirtschaftswachstum; es, das Wirtschaftswachstum, kann zumindest nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. Zu diesen zwei „Müttern“, der Variablen zur Erklärung von Wirtschaftswachstum werden zusätzlich eine Reihe weiterer allgemein akzeptierter Variablen verwandt. So besitzen Exportquote und Investitionsquote einen positiven Einfluß auf das Wirtschaftswachstum, während die Staatsquote, bzw. deren Wachstum einen hemmenden Einfluß auf weiteres wirtschaftliches Wachstum besitzt. Ein letztes rein ökonomisches Phänomen, das in dieser Arbeit diskutiert wurde, ist die sogenannte Konvergenzthese. Die Konvergenzthese besagt,

daß sich mit fast naturgesetzlicher Wahrscheinlichkeit Wohlstandsunterschiede zwischen den einzelnen Ökonomien mit wachsender Verflechtung der Märkte abbauen und sich schließlich ein weltweites, oder hier in der wahrscheinlicheren Variante zwischen den Regionen Europas, hohes Wohlstandsniveau durchsetzt.

Diese Gruppe von Variablen zur Erklärung von Wirtschaftswachstum, die dem Umfeld der ökonomischen oder teilweise ordnungspolitischen Umgebung entstammen wurde in der neueren Literatur um Parameter aus dem Feld der Forschung zu politischer Kultur erweitert. Wie oben erwähnt versteht man unter der politischen Kultur einer geographischen, politischen oder sozialen Einheit die aggregierten oder auch Durchschnittswerte der Beurteilung der eigenen Person in der Gesellschaft, das Maß an Vertrauen ineinander und in das jeweilige politische System, sowie den Grad der Politisierung einer Gesellschaft.

Die neuerliche Diskussion um politische Kultur wurde angestoßen durch Robert Putnams Werk „Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy,, (1993). Mit diesem Werk betrat die Wissenschaft in sofern Neuland, als daß man ab diesem Punkt nicht mehr bezweifeln konnte, daß ein starker Zusammenhang zwischen der politischen Kultur einer, hier italienischen, Region und ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau und dessen Wachstum existiert. Nach Putnam sind die Ausprägungen der Zivilgesellschaft für das Wirtschaftswachstum von größerer Bedeutung als etwa wirtschaftliche Strukturdaten selbst. Weiterhin ist die politische Kultur laut Putnam ein über Zeit sehr stabiles Phänomen, das sich vor Jahrhunderten in der einen oder anderen Form entwickelt hat und noch in der Gegenwart entscheidenden Einfluß auf Wohl oder Weh der entsprechenden Wirtschaft besitzt.

Putnam operationalisiert politische Kultur oder soziales Kapital, wie es im Jargon der neuesten Forschung wieder genannt wird, auf dreifache Weise. Erstens ist das Maß des interpersonalen Vertrauens, zweitens soziale Normen die zu Kooperation und einem Ausweg aus dem Gefangenendilemma anhalten

und drittens Netzwerke sozialer Gruppen, die horizontal organisiert sind und denen sich die Mitglieder freiwillig anschließen, entscheidend für eine politische Kultur, die die Wirtschaftssubjekte zu wachstumsfördernder Handlung anspornen und im weiteren ein Umfeld schaffen, das Transaktionskosten minimiert. Die Schlüsselvariable hierbei ist Vertrauen. Eine Atmosphäre berechtigten gegenseitigen Vertrauens läßt kostspielige Arrangements, die der Kontrolle und Anbahnung von Verträgen dienen, überflüssig werden. Somit wird soziales Kapital in der Form von interpersonalem Vertrauen zu *dem* Erfolgsgaranten bei der Suche nach zusätzlichem wirtschaftlichen Wachstum.

Auch die Debatte zwischen Granato, Inglehart und Leblang (1996) auf der einen und Jackman und Miller (1996) auf der anderen Seite mit Swank (1996) als Schiedsrichter handelt sich entlang eines verwandten Konstrukts sozialen Kapitals, das im Wesentlichen auf interpersonalem Vertrauen fußt. Auch diese Gruppe von Autoren kommt zu dem Ergebnis, daß politische Kultur bei der Erklärung von Wirtschaftswachstum eine Rolle spielt. Sie treffen sogar eine Aussage, die Gültigkeit für sämtliche Länder der Erde und nicht, wie in Putnams Fall, für die Regionen eines einzigen Landes, Italien, beansprucht. Inglehart et al. bereichern ihr Wachstumsmodell um das bekannte Konzept von Materialismus und Postmaterialismus, sowie einen gesellschaftlichen Wertekanon, ähnlich dem, was in Putnams Fall „gesellschaftliche Normen, die Kooperation begünstigen,, waren, sowie Normen die zu Fleiß und Gehorsam anspornen. Hierbei macht eine hohe Quote von Materialisten innerhalb einer Gesellschaft Wachstum wahrscheinlicher. Postmaterialisten hemmen hingegen Wachstum.

Schließlich erhöht die genannte Gruppe von Autoren den Anteil der durch ihre Modelle erklärten Varianz durch die Einführung sogenannter Länderdummies. Diese Länderdummies nehmen im Falle von Granato, Inglehart und Leblang den Wert eins an für die konfuzianischen Länder und null für die anderen Länder im Sample. Swank und Jackman und Miller hingegen operieren mit einem „social-corporatist-dummy,, für die skandinavischen Länder und

Österreich. Whiteley (1998) hingegen findet, daß Kultur in der Form von Vertrauen als sozialem Kapital entscheidend ist und erklärt auch ohne Dummy-Variablen einen beachtlichen Teil der Varianz.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, zu testen, ob die Aussagen die die genannten Autoren für die Weltwirtschaft allgemein oder, in Putnams Fall, für die Regionen eines einzelnen Landes treffen sich tatsächlich halten lassen. Analyseeinheit meiner Forschung sind die Regionen Europas. Ich folge dabei der Einteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, die Regionen etwa in der Größenordnung der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland verortet. Das verwendete Datenmaterial stammt zum einen aus Veröffentlichungen der Kommission der Europäischen Union. Es handelt sich hierbei um die Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung und weitere Strukturdaten. Politische Kultur habe ich gemessen anhand der Eurobarometerdatensätze. Der Eurobarometer ist eine mehrfach jährlich erhobene Umfrage in allen Ländern der Europäischen Union. Im Eurobarometer, initiiert unter anderem durch Ronald Inglehart, den wichtigsten modernen Forscher im Bereich der politischen Kultur, werden stets in der selben Form wiederkehrend repräsentative Samples der Länder und Regionen Europas zum Grad ihrer Zustimmung zum europäischen Integrationsprozeß befragt. Darüber hinaus enthält der Fragenkatalog Items zu aktuellen Themen, sowie einer Reihe von Werthaltungen, anhand derer sich politische Kultur messen läßt.

Zunächst habe ich die einzelnen Variablen aus dem Bereich der politischen Kultur zu sinnvollen Indizes zusammengefaßt und in einer bivariaten Analyse auf ihre Erklärungsmacht bezüglich der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in der entsprechenden Region hin getestet. Die Kulturvariablen sind im Einzelnen: EDUC, CULTURE und INFOINDEX. Anhand dieser drei Variablen wurde die politische Kultur einer Region ausgelotet. EDUC mißt die Zahl der Jahre, die die Befragten mit formale Bildung verbracht haben. CULTURE ist das Produkt aus den Antworten zu den Fragen, wie oft man mit Freunden politische Dinge im privaten Umfeld diskutiere und wie regelmäßig

man sie von den eigenen Ansichten zu überzeugen suche. Diese Variable mißt also indirekt den Grad der Politisierung einer Gesellschaft und dient als Proxy dessen, was bei Putnam freiwillige Mitgliedschaft in „dense horizontal networks,, heißt.

Der Einfluß all dieser Variablen auf das Wirtschaftswachstum ist verschwindend gering, mißt man ihn in bivariaten Modellen. In einem nächsten Schritt habe ich die Variablen mittels einer Regressionsanalyse nach der Methode der kleinsten Quadrate nacheinander dahingehend geprüft, ob sie ein neo-klassisches Wachstumsmodell verbessern. Neo-klassische Wachstumsmodelle verwenden als unabhängige Variablen typischerweise das Wohlstandsniveau in der Vorperiode, die Investitionsquote und die Bevölkerungsentwicklung. Solche Modelle sind grundsätzlich erklärungs mächtiger als endogene Wachstumsmodelle, die mit Variablen aus dem Bereich der politischen Kultur oder des sozialen Kapitals operieren. Dennoch suggeriert die aktuelle Diskussion, daß eine Aufnahme letztgenannter Variablen den Anteil der erklärten Varianz durch reine neo-klassische Modell erhöhe.

Es stellte sich heraus, daß keine der kulturellen Variablen, individuell in das zugrundeliegende neo-klassische Modell integriert, den Anteil der erklärten Varianz erheblich erhöhte. Das abschließende und zugleich erklärungs mächtigste Modell in dieser Untersuchung besteht aus den makroökonomischen Variablen, welche die Staats-, die Investitions- und die Exportquote messen, sowie das Wohlstandsniveau in der Vorperiode. Als einzige Variable aus dem Bereich der politischen Kultur zeigt der INFOINDEX einen signifikanten, wenngleich äußerst geringen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum. Zudem ist der Einfluß des Grades der Informiertheit der Bevölkerung entgegen der vermuteten Richtung. Es zeigt sich, daß hohes Informationsbedürfnis wachstumshemmend wirkt.

Die Ausgangshypothese, die diese Arbeit zu testen suchte, besagt, daß eine Gesellschaft, die über ein hohes soziales Kapital verfügt schneller wachse als in dieser Hinsicht „ärmere,, Gesellschaften. Soziales Kapital setzt sich zu-

sammen aus den Konzepten, die durch die hier diskutierten Variablen aus dem Bereich der politischen Kultur gemessen wurde. Es stellte sich heraus, daß diese Variablen, und somit politische Kultur und soziales Kapital, keinerlei Einfluß auf wirtschaftliches Wachstum besitzen. Die Forschungshypothese muß also verworfen werden und statt dessen die Null-Hypothese akzeptiert werden.

Dennoch erscheint es zu früh, endgültig die Forschung in Richtung des Einflusses der Kultur auf das Wachstum der Wirtschaft zu beenden. Vielmehr ist es möglich, daß die Variablen, auf eine andere Art und Weise operationalisiert, das selbe theoretische Konzept messen und dann einen größeren Teil der Varianz zu erklären in der Lage sind. Hierbei wäre zunächst an das vor allem durch Whiteley (1998) und Levy (1998) in die Diskussion gebrachte Konstrukt von sozialem Kapital zu denken. Für die genannten Autoren besteht soziales Kapital ausschließlich aus interpersonalem Vertrauen. Interpersonales Vertrauen läßt sich auf verschiedene Arten messen. Zum einen, wie Whiteley es tut, durch direkte Befragung, zum anderen könnte man aber auch, um einer Verzerrung der Antworten zu begegnen, indirekt interpersonales Vertrauen und Vertrauen in die jeweiligen Institutionen messen, oder eine anders definierte Gruppe von Befragten als Analyseeinheit wählen. Fokussiert die Forschung Vertrauen als zentrale Komponente sozialen Kapitals, entkommt man auch dem Dilemma, daß politische Kultur, ganz allgemein gehalten, als diffuses und vielschichtiges Phänomen betrachtet wird und somit Forschung in diesem Feld, die zum Ziel hat, ökonomisches Wachstum zu erklären, sich schwer tut, ernst genommen zu werden. Trotz aller erwähnter methodischer und konzeptueller Zweifel, läßt sich nicht mit Sicherheit ausschließen, daß sie eine Rolle spielt, sie: die politische Kultur.

Bibliographie

- Abramson, Paul R. und Ronald Inglehart. 1995. *Value Change in Global Perspective*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture*. Boston: Little Brown and Company.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba (eds.). 1989. *The Civic Culture Revisited*. Newbury Park: Sage Publications.
- Anderson, Christopher J. und M. Shawn Reichert. „Economic Benefits and Support for Membership in the EU.: A Cross-Sectional Analysis,„ *Journal of Public Policy* 15(3):231-249.
- Baker, Kendall L. et al. 1981. *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Barro, Robert J. 1991. „Economic Growth in a Cross Section of Countries,„ *Quarterly Journal of Economics* 106:407-44.
- Barro, Robert J. 1997. *Determinants of Economic Growth: A Cross-Country Empirical Study*. Cambridge: MIT Press.
- Barro, Robert J. und Xavier Sala-i-Martin. 1995. *Economic Growth*. New York: McGraw-Hill.
- Boix, Charles und Daniel Posner. 1998. „Social Capital: The Politics Behind,„ *ECPR-news* 9(3):13-14.
- Cattaneo, Carlo. 1957. „La città considerata come principio ideale delle istorie italiane,„ *Scritti storici e geografici* 2:383-437.
- Clarke, Harold D. und Nitish Dutt. 1991. „Measuring Value Change in Western Industrialized Societies: The Impact of Unemployment,„ *American Political Science Review* 85:905-20.
- Clarke, Harold D., Nitish Dutt und Allan Cronberg. 1993. „The Political Economy of Attitudes Toward Polity and Society in Western European Democracies,„ *Journal of Politics* 55:998-1021.
- Coleman, James S. 1988. „Social Capital in the Creation of Human Capital,„ *American Journal of Sociology* 94:95-119.
- Conradt, David P. 1980. *Changing German political Culture*. In: Almond und Verba (eds.). 1989. *The Civic Culture Revisited*. Newbury Park: Sage.
- Europäische Kommission. 1994. *Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion: Tendenzen in den Regionen: Fünfter periodischer Bericht über die sozioökonomi-*

- sche Lage und Entwicklung der Regionen in der Gemeinschaft.* Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft.
- Eurostat. 1997. *Regionen: Statistisches Jahrbuch 1996.* Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft.
- Fuchs et al (eds.). 1988. *Lexikon zur Soziologie*, 2. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fukuyama, Francis. 1995. *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity.* New York: Basic Books.
- Gambetta, Diego. 1993. *The Sicilian Mafia: The Business of Private Protection.* Cambridge: Harvard University Press.
- Goldberg, Ellis. 1996. „Thinking about how Democracy Works,,. *Politics and Society* 24(1):7-18
- Granato, Jim, Ronald Inglehart und David Leblang. 1996. „The Effect of Cultural Values on Economic Development: Theory, Hypotheses, and Some Empirical Test,,. *American Journal of Political Science* 40:607-31.
- Granato, Jim, Ronald Inglehart und David Leblang. 1996. „Cultural Values, Stable Democracies, and Economic Development: A Reply,,. *American Journal of Political Science* 40:680-96.
- Huber, John, und Ronald Inglehart. 1995. „Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies,,. *Party Politics* 1:73-111.
- Huntington, Samuel P. *Political Order in Changing Societies.* New Haven and London: Yale University Press.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics.* Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1988. „The Renaissance of Political Culture,,. *American Political Science Review* 82:1203-30.
- Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Societies.* Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies.* Princeton: Princeton University Press.
- Jackman, Robert W. und Ross A. Miller. 1996. „A Renaissance of Political Culture,,. *American Journal of Political Science* 40:632-59.
- Jackman, Robert W. und Ross A. Miller. 1996. „The Poverty of Political Culture,,. *American Journal of Political Science* 40:697-716.

- Kuhn, Thomas S. [1962]. 1967. *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Laitin, David D. 1995. „The Civic Culture at 30,„ *American Political Science Review* 89(1):168-73
- LaPalombra, Joseph. 1993. „Book Review: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. *Political Science Quarterly* 108:549-50.
- Levi, Margaret. 1996. „Social and Unsocial Capital: A Review Essay of Robert Putnam’s Making Democracy Work,„ *Politics and Society* 24(1): 45-55.
- Levi, Margaret. 1997. *„Consent Dissent and Patriotism.„* New York: Cambridge University Press.
- Levi, Margaret. 1998. „A State of Trust,„ *ECPR-news: The News Circular of the European Consortium for Political Research* 9(3):14-15.
- Lewis-Beck, Michael S. 1980. *Applied Regression: An Introduction*. Newbury Park: Sage.
- Maraffi, Marco. 1994. „Book Review: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy,„ *American Journal of Sociology* 99(5):1348-49
- Maraffi, Marco. 1998. „Voluntary Associations, Political Culture and Social Capital in Italy: A Complex Relationship,„ *ECPR-news* 9(3): 15-16.
- Marks, Gary, Francois Nielsen und Leonard Ray. 1996. „Competencies, Cracks, and Conflicts,„ *Comparative Political Studies* 29(2):164-92.
- Maslow, Abraham. 1954. *Motivations and Personality*. New York: Harper and Row.
- Muller, Edward N. und Mitchell Seligson. 1994. „Civic Culture and Democracy: The Question of Causal Relationships,„ *American Political Science Review* Sept.1994:635-52.
- Myers, David J. 1995. „Institutional Performance, Political Culture, and Political Change,„ *Studies in Comparative International Development* 30(1):84-91.
- Olson, Mancur. 1985 [1982]. *Aufstieg und Niedergang von Nationen: Ökonomisches Wachstum, Stagflation und Soziale Starrheit*. Tübingen: Mohr.
- Ostrom, Charles W. 1990. *Time Series Analysis: Regression Techniques*. Newbury Park: Sage.
- Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, Robert. 1995. „Bowling Alone: America’s Declining Social Capital,„ *Journal of Democracy* 6(1):65-78.

- Przeworski, Adam und Henry Teune. 1970. *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: Wiley-Interscience.
- Romer, Paul. 1994. „The Origins of Endogenous Growth,, *Journal of Economic Perspectives* 8(1):3-22.
- Sabetti, Filippo. 1996. „Path Dependence and Civic Culture: Some Lessons from Italy about Interpreting Social Experiments,, *Politics and Society* 24(1):19-44.
- Schmitter, Philippe C. 1979. *Trends towards Corporatist Mediation*. Beverly Hills: Sage.
- Schmitter, Philippe und Wolfgang Streeck. 1981. *The Organization of Business Interest: A Research Design to Study the Associative Action of Business in the Advanced Societies of Western Europe*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Solow, Robert. 1956. „A Contribution to the Theory of Economic Growth,, *Quarterly Journal of Economics* 70:65-94.
- Statistisches Bundesamt. 1997. *Statistisches Jahrbuch für das Ausland*. Stuttgart: Metzler-Poeschl.
- Swan, Trevor W. 1956. „Economic Growth and Capital Accumulation,, *Economic Record* 32:334-361.
- Swank, Duane. 1996. „Culture, Institutions, and Economic Growth: Theory, Evidence, and the Role of Communitarian Politics,, *American Journal of Political Science* 40:660-79.
- Tarrow, Sidney. 1996. „Making Social Science Work across Time and Space: A Critical Reflection on Robert Putnam’s Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy,, *American Political Science Review* 90(2):389-97.
- United Nations. 1994. *Statistical Yearbook: United Nations Publication No.: E/F.96.XVII.1*. New York: United Nations.
- Weber, Max. [1921] 1972. *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weil, Frederick D. 1994. „Book Review of Putnam’s Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy,, *Contemporary Sociology, a Journal of Reviews* 23(1):373-74.
- Whiteley, Paul. 1998. Economic Growth and Social Capital. *ECPR-News* 9(3):16-18.

Worldbank. 1997. *World Economic Indicators* (CD-Rom). Washington: Worldbank.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln. 1996. *ZA Study Number 2689, Eurobarometer 44.0*. Köln: ZA.

Appendix A

Die Regionen Europas geordnet nach dem BIP pro Kopf

Rang	Region	BIP pro Kopf
1	Thüringen	30.0
2	Mecklenburg-Vorpommern	33.0
3	Sachsen	33.0
4	Alentejo	33.9
5	Sachsen-Anhalt	35.0
6	Voreio Aigaio	35.2
7	Brandenburg	36.0
8	Ipeiros	36.2
9	Guadeloupe	39.0
10	Centro	39.6
11	Dytiki Ellada	40.8
12	Anatoliki Make Thraki	43.3
13	Ilonia Nisia	43.7
14	Thessalai	43.7
15	Réunion	45.0
16	Kriti	45.5
17	Kentriki Makedonia	46.8
18	Pelopponisos	47.3
19	Algarve	47.9
20	Extremadura	47.9
21	Dytiki Makedonia	50.2
22	Norte	50.2
23	Notio Aigaio	52.2
24	Attiki	52.3
25	Martinique	53.0
26	Guyane	54.0
27	Andalucia	57.8
28	Calabria	57.9
29	Stereia Ellada	58.0
30	Galicia	58.3
31	Castilla-La Mancha	63.1
32	Ceuta y Melila	63.6
33	Basilicata	64.5
34	Castilla-Léon	66.7
35	Sicilia	67.5
36	Ireland	68.0
37	Campania	70.2
38	Murcia	71.3
39	Asturias	71.5

40	Puglia	74.1
41	Sardegna	74.2
42	Cantabria	74.4
43	Canarias	74.5
44	Northern Ireland	75.1
45	Comunidad Valenciana	76.0
46	Lisboa e vale do Tejo	76.6
47	Merseyside	76.7
48	Highlands, Islands	76.9
49	South Yorkshire	77.5
50	Hainaut	77.6
51	Flevoland	78.1
52	Molise	78.8
53	Corse	79.8
54	Cornwall, Devon	80.2
55	Northumberland, Tyne, Wear	80.4
56	Clwyd, Dyfed, Gwynedd, Powys	81.1
57	Lüneburg	81.9
58	Namur	82.6
59	Lincolnshire	83.1
60	Friesland	83.6
61	Cleveland, Durham	83.8
62	Gwent, Mid Glamorgan	84.5
63	Rioja	84.6
64	Luxembourg	84.7
65	Aragón	84.8
66	Salop, Staffordshire	84.8
67	Languedoc-Rousillon	85.1
68	Trier	86.5
69	Limousin	86.8
70	Essex	86.8
71	Hereford, Worcs, Warwick	87.5
72	Dumfries-Gall, Strathclyde	88.4
73	Drenthe	88.5
74	Gelderland	88.9
75	Pais Vasco	89.1
76	Overijssel	89.7
77	Nord-pas-de-Calais	89.8
78	Ost for Storebit	90.0
79	Kent	90.2
80	Abruzzi	90.2
81	Derbyshire, Nottingham	90.3
82	Poitou-Charante	90.5
83	Lancashire	91.1
84	Bretagne	91.4
85	Greater Manchester	91.7
86	Auvergne	91.7
87	West Yorkshire	92.2
88	Koblenz	92.4

89	Dorset, Sommerset	92.5
90	North Yorkshire	92.6
91	Cataluna	92.7
92	Lorraine	93.1
93	Weser-Ems	94.0
94	Bord-Centr-Fife-Lothian-Tay	94.3
95	Madrid	94.4
96	Limburg	94.8
97	West Midlands (County)	95.0
98	Picardie	95.2
99	Basse-Normandie	95.2
100	Midi-Pyrenées	95.3
101	Münster	95.4
102	Humberside	95.4
103	Oberpfalz	95.6
104	Liège	95.8
105	Navarra	95.9
106	Niederbayern	96.5
107	Schleswig-Holstein	96.9
108	Pays de la Loire	97.6
109	Hampshire, Isle of Wight	97.9
110	Gießen	97.9
111	Baleares	98.3
112	Noord-Brabant	98.6
113	Bourgogne	98.9
114	Umbria	98.9
115	Surrey, East-West Sussex	99.4
116	Vest for Storebit	99.4
117	Unterfranken	99.6
118	Oost-Vlandern	99.7
119	East Anglia	99.8
120	Provinces-Alpes-Côtes d'Azur	101.5
121	Bedford, Hertfordshire	102.6
122	Centre	103.0
123	Cumbria	103.3
124	Limburg (Belgien)	103.3
125	Aquitaine	103.3
126	Oberfranken	103.9
127	Cheshire	104.0
128	Arnsberg	104.2
129	Franche-Comté	104.2
130	Leicester, Northampton	104.6
131	Marche	104.7
132	Detmold	106.0
133	West-Vlaanderen	106.3
134	Zuid-Holland	106.3
135	Avon, Gloucester, Wiltshire	106.6
136	Utrecht	107.1
137	Kassel	107.4

138	Saarland	107.6
139	Haute-Normandie	108.4
140	Zeeland	108.7
141	Toscana	109.4
142	Rhône-Alpes	109.7
143	Freiburg	110.0
144	Champagne-Ardennes	110.7
145	Berks, Buchs, Oxfordshire	110.8
146	Rheinhessen-Pfalz	110.9
147	Schwaben	111.1
148	Braunschweig	112.3
149	Köln	112.8
150	Tübingen	112.9
151	Alsace	113.7
152	Noord-Holland	113.8
153	Liguria	115.8
154	Berlin	116.3
155	Hannover	116.6
156	Brabant	116.6
157	Veneto	116.6
158	Lazio	116.8
159	Grampian	117.3
160	Piemont	119.6
161	Friuli-Venezia Giulia	121.6
162	Trentino-Alto Adige	122.0
163	Düsseldorf	122.8
164	Karlsruhe	124.2
165	Antwerpen	125.6
166	Hovedstadsregionen	126.7
167	Mittelfranken	126.7
168	Luxembourg	127.2
169	Groningen	127.4
170	Emilia-Romagna	127.5
171	Valle d' Aoste	129.6
172	Lombardia	134.7
173	Stuttgart	137.6
174	Oberbayern	148.1
175	Bremen	149.7
176	Greater London	151.2
177	Darmstadt	162.9
178	Ile de France	166.8
179	Hamburg	194.5

Appendix B

	<i>DBIP</i>	<i>lnBIP</i>	<i>INFOINDEX</i>	<i>CALVM2</i>	<i>LEFTRIGHT</i>	<i>CULTURE</i>	<i>EDUC</i>	<i>GOV</i>	<i>INV</i>	<i>EXPORT</i>	<i>PRIMAER</i>	<i>SECUND</i>	<i>TERTIAER</i>	<i>UNEMP</i>	<i>BIP92</i>	<i>BIIP89..92</i>
DBIP	1															
LnBIP	-0,32	1														
INFOINDEX	-0,12	0,08	1													
CALVM2	-0,02	0,21	0,20	1												
LEFTRIGHT	-0,06	0,25	0,26	0,42	1											
CULTURE	-0,16	0,15	0,30	0,08	-0,14	1										
EDUC	-0,07	0,21	0,52	0,13	0,28	0,30	1									
GOV	-0,14	0,02	-0,01	0,72	0,33	0,02	0,09	1								
INV	0,08	-0,15	0,18	0,01	-0,23	0,11	-0,29	-0,11	1							
EXPORT	0,25	0,07	0,20	-0,15	0,08	-0,13	0,36	-0,50	-0,43	1						
PRIMAER	0,13	-0,43	-0,22	-0,40	-0,24	-0,13	-0,31	-0,29	0,04	-0,05	1					
SECUND	0,19	-0,08	-0,06	0,12	-0,08	-0,07	-0,28	0,23	0,28	-0,29	-0,17	1				
TERTIAER	-0,23	0,38	0,23	0,21	0,19	0,24	0,43	0,07	-0,25	0,27	-0,50	-0,70	1			
UNEMP	0,09	-0,56	-0,22	-0,40	-0,32	-0,22	-0,31	-0,27	0,15	-0,17	0,40	-0,29	-0,09	1		
BIP92	-0,23	0,97	0,09	0,27	0,23	0,24	0,25	0,06	-0,09	0,06	-0,47	-0,07	0,41	-0,56	1	
BIIP89..92	-0,35	0,97	0,10	0,27	0,23	0,25	0,25	0,08	-0,10	0,02	-0,47	-0,09	0,43	-0,55	0,99	1